

Boysen-Hogrefe, Jens et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2023: Konjunktur windet sich aus der Stagnation

Kieler Konjunkturberichte, No. 107

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens et al. (2023) : Deutsche Wirtschaft im Herbst 2023: Konjunktur windet sich aus der Stagnation, Kieler Konjunkturberichte, No. 107, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/279694>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2023

Abgeschlossen am 5. September 2023



© Daniel Wolcke / ifw Kiel

Nr. 107 (2023 | Q3)

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer*

INHALTSVERZEICHNIS

Konjunktur windet sich aus der Stagnation

Restriktionsgrad der Geldpolitik nimmt stetig zu	6
Kurswechsel in der Finanzpolitik voraus	8
Eingetrübte Aussichten für den Außenhandel	10
Die Bruttowertschöpfung schwenkt allmählich wieder auf Expansionskurs ein	12
Konsum schiebt die heimische Absorption an	15
Inflationswelle ebbt ab	21
Löhne und Gehälter reagieren auf die stark gestiegenen Preise	24
Beschäftigung zunehmend unter dem Einfluss der Alterung	26
Anhaltend hohe Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten	28
Risiken und Wirtschaftspolitik	31
Literatur	37
Tabellenanhang	38
<i>Kasten 1:</i>	
<i>Zum Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt</i>	<i>34</i>
<i>Kasten 2:</i>	
<i>Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023</i>	<i>35</i>

KONJUNKTUR WINDET SICH AUS DER STAGNATION

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer

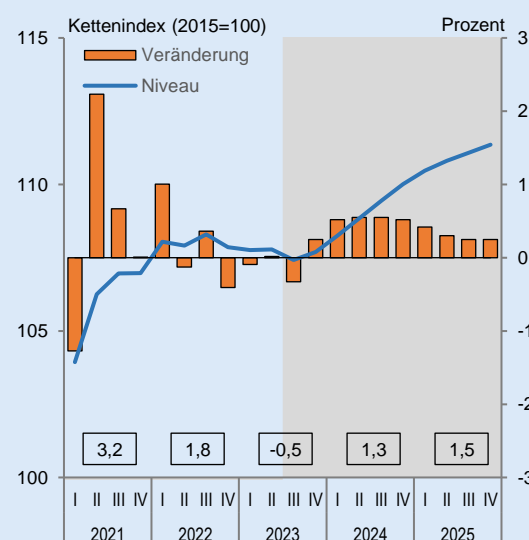
Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich eingetrübt. Obwohl temporäre Belastungsfaktoren wie der hohe Krankenstand und die Lieferengpässe nachgelassen haben, ist das Bruttoinlandsprodukt noch nicht wieder auf einen Expansionskurs eingeschwenkt. Unternehmensbefragungen sprechen dafür, dass die wirtschaftliche Dynamik auch in der zweiten Jahreshälfte schwach bleiben wird. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,5 Prozent sinken (Sommerprognose: -0,3 Prozent). Im Jahr 2024 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich wieder anziehen. Die kräftigen Reallohnzuwächse werden die Aktivität in den konsumnahen Branchen anregen. Angesichts der hohen Auftragsbestände wird auch die Industrie ihre Produktion wieder etwas hochfahren können, auch wenn von weltwirtschaftlicher Seite vorerst keine größeren Impulse zu erwarten sind. Negativ wird dagegen die Misere in der Bauwirtschaft zu Buche schlagen. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent steigen (Sommerprognose: 1,8 Prozent). Für das Jahr 2025 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von 1,5 Prozent. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürften sich die Zuwachsraten dann jedoch bereits den mittelfristig für die deutsche Wirtschaft zu erwartenden niedrigen Wachstumsraten annähern. Die Inflation wird deutlich zurückgehen, weil sich der allgemeine Preisauftrieb abschwächt und die Energiepreise zumindest wieder etwas sinken werden. Nach 6 Prozent in diesem Jahr, wird die Inflation in den kommenden beiden Jahren wohl bei etwa 2 Prozent liegen. Die derzeitige wirtschaftliche Schwächephase wird am Arbeitsmarkt nur wenig Spuren hinterlassen, da der Fachkräftemangel weiterhin groß ist. Aufgrund des demografischen Wandels wird die Erwerbstätigkeit in den kommenden beiden Jahren wohl nicht mehr steigen. Das Budgetdefizit des Staates dürfte trotz der wirtschaftlichen Belebung nur wenig zurückgehen – von 2,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr auf 1,9 Prozent im Jahr 2025. Der Schuldenstand wird in den Jahren von 2023 bis 2025 wohl jeweils etwa bei 64 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen.

Kasten 1: Zum Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt (S. 34)

Kasten 2: Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023 (S. 35 – 36)

Die deutsche Wirtschaft entwickelt zunächst nur wenig Dynamik. Verschiedene Faktoren lasten derzeit auf der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland. Zwar haben sich die Energiepreise wieder erheblich reduziert, im längerfristigen Vergleich sind sie aber weiterhin deutlich erhöht. Damit geht einher, dass ein Teil der energieintensiven Produktion hierzulande nicht mehr rentabel ist und dies voraussichtlich auch nicht wieder werden wird, so dass in dem Maße Produktionspotenzial obsolet wurde und sich Wertschöpfungsketten neu ausrichten müssen. Das industrielle Exportgeschäft leidet zudem konjunkturell unter der derzeit globalen Investitionsschwäche. Im Baubereich schlagen die erheblich verteuerten Finanzierungsbedingungen zu Buche, die vor allem den Wohnungsbau weiter auf Talfahrt schicken dürften. Neben diesen abwärts gerichteten Faktoren gibt es aber auch Gegenkräfte. So wirkt

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

der weiterhin erhöhte Auftragsbestand stützend für die industrielle Aktivität, zumal Materialengpässe und der erhöhte Krankenstand die Produktion fortan immer weniger behindern dürften. Im Zuge des sich aufhellenden internationalen Umfelds dürfte allmählich das Auslandsgeschäft wieder Tritt fassen. Binnenwirtschaftlich wirken deutliche Kaufkraftzuwächse bei breiten Konsumentenschichten nach und nach belebend auf die Konsumkonjunktur. Dies geht maßgeblich auf verteilungswirksame binnenwirtschaftliche Prozesse zurück (insbesondere auf kräftig anziehende Löhne und ausgeweitete staatliche Transfers), unterstützend wirkt hierbei aber auch, dass sich die Terms of Trade mittlerweile wieder normalisiert haben. Während die belastenden Faktoren derzeit noch dominieren, dürften ab dem kommenden Jahr die expansiven Kräfte bedeutender sein. Im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres wird die Wirtschaftsleistung voraussichtlich in etwa stagnieren (Tabelle 1), was im Gesamtjahr einen Rückgang um 0,5 Prozent bedeutet. Mit der ab der Jahreswende einsetzenden Erholung rechnen wir für die Jahre 2024 und 2025 mit Zuwächsen des Bruttoinlandsproduktes um 1,3 bzw. 1,5 Prozent (Abbildung 1, Tabelle 2). Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird – auch unter Berücksichtigung temporärer Produktionsbehinderungen – zunächst das Normalmaß unterschreiten, sich aber im Verlauf des Projektionszeitraums wieder

erholen. Damit schließt sich die Produktionslücke, allerdings bleibt die Wirtschaftsleistung rund 3 Prozent unter dem Niveau, das wir noch unmittelbar vor dem Ausbruch der Pandemie für die Jahre 2024 und 2025 erwartet hatten (Boysen-Hogrefe et al. 2023a).

Verwendungsseitig steht das kommende Jahr im Zeichen des privaten Konsums. Im Zuge der kräftig steigenden Massenkaukraft legen die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr um 2 Prozent zu und leisten damit rein rechnerisch einen Expansionsbeitrag von 1 Prozentpunkt zum Bruttoinlandsprodukt. Im laufenden Jahr dürften sie um 0,6 Prozent nachgeben, worin sich maßgeblich die Schwäche im vergangenen Winterhalbjahr spiegelt. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich im weiteren Prognosezeitraum vom derzeit recht niedrigen Niveau wieder beleben. Für den Wohnungsbau zeichnet sich für das Jahr 2024 mit einem kräftigen Minus von 3,8 Prozent das vierte Jahr in Folge mit schrumpfender Aktivität ab, die erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums wieder aufwärts gerichtet sein dürfte – dann aber ausgehend von einem so niedrigen Niveau wie seit acht Jahren nicht mehr. Im Jahr 2025 avancieren die Exporte in einem insgesamt kräftigeren weltwirtschaftlichen Umfeld wieder zum wichtigsten Expansionsmotor und dürften mit 3,8 Prozent die Schwächephase der beiden Vorjahre hinter sich lassen.

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	0,0	-0,3	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Private Konsumausgaben	-0,3	0,0	0,1	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6	0,3	0,2	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	-1,9	0,1	0,1	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	2,1	0,6	-1,0	1,0	1,5	2,0	2,0	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5
Bauinvestitionen	2,7	0,2	-2,2	-1,7	-0,6	0,2	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-1,6	0,4	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	-0,8	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	0,6	-0,2	0,1	0,4	0,6	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3
Ausfuhr	0,4	-1,1	-0,7	0,0	0,3	0,6	0,8	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9
Einfuhr	-1,5	0,0	-0,5	-0,2	0,1	0,8	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	0,9	-0,5	-0,1	0,1	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.852	45.918	45.939	45.939	45.929	45.919	45.909	45.899	45.889	45.869	45.839	45.809
Arbeitslose	2.527	2.586	2.626	2.646	2.646	2.623	2.591	2.560	2.530	2.490	2.452	2.414

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes

	2022	2023	2024	2025
Ursprungswerte	1,8	-0,5	1,3	1,5
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	-0,1	-0,2	0,0	-0,1
kalenderbereinigt	1,9	-0,3	1,4	1,6
Statistischer Überhang	0,9	-0,2	0,0	0,8
Verlaufsrate	0,8	-0,2	2,2	1,2

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalender-bereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Der erhöhte Preisauftrieb klingt nur allmählich ab, und die Arbeitslosigkeit reagiert kaum auf die konjunkturelle Schwäche. Seit der Jahreswende haben die hohen Teuerungsraten erkennbar nachgegeben und werden sich im Prognosezeitraum weiter zurückbilden. Der allgemeine Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe wird in den beiden kommenden Jahren voraussichtlich rund 2 Prozent betragen, nach 6 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 3). Die nachgebenden Energiepreise überzeichnen indes die Beruhigung bei der Inflation. So zeigt sich der Preisauftrieb in der um Energiepreise bereinigten Kernrate hartnäckiger, die auch in den Jahren

2024 und 2025 in der Nähe von 3 Prozent liegen dürfte. Hierbei spielt eine Rolle, dass insbesondere die Dienstleistungspreise den allgemeinen Teuerungsschub nur verzögert nachvollziehen. Im Zuge der sich abzeichnenden kräftigen Lohnzuwächse – flankiert um erheblich ausgeweitete Sozialleistungen – steigt die Massenkaufkraft spürbar. Hieraus ergeben sich über die stimulierte private Konsumnachfrage Preiserhöhungsspielräume. Ein unmittelbar über die Lohnkostenseite erfolgreicher Preisschub ist indes weniger bedeutsam, vielmehr schöpfen die Lohnerhöhungen die Verteilungsspielräume wieder stärker aus, bei dem die Arbeitskräfte zwischenzeitlich ins Hintertreffen geraten waren. Hierzu trägt bei, dass der Mangel an Arbeitskräften nach wie vor die Produktion in weiten Bereichen behindert. Diese Knappheiten verschärfen sich tendenziell dadurch, dass die Zahl der Erwerbspersonen im Verlauf des Prognosezeitraums alterungsbedingt ihren Zenit überschreitet. Während das Arbeitsvolumen infolge steigender durchschnittlicher Arbeitszeit im kommenden Jahr noch zunimmt, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen bereits zur kommenden Jahreswende sinken. Auch der im Zuge der diesjährigen konjunkturellen Schwäche verzeichnete Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte sich dann umdrehen. Die Arbeitslosenquote sinkt in der Folge auf 5,3 Prozent (2025), nach 5,6 Prozent in diesem und nächstem Jahr.

Tabelle 3:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	-0,5	1,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	5,3	7,9	2,0	1,4
Verbraucherpreise	6,9	6,0	2,1	2,1
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,5	-1,4	0,7	1,5
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	45.596	45.912	45.914	45.852
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,3	5,6	5,6	5,3
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,6	-2,2	-1,9
Schuldenstand	66,1	64,2	64,2	64,5
Leistungsbilanz	4,4	6,9	7,2	7,1

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Restriktionsgrad der Geldpolitik nimmt stetig zu

Die Geldpolitik hat den Zinsgipfel fast erreicht. Die EZB hat auf die historische Inflationswelle nach zögerlichem Verhalten im Winterhalbjahr 2021/2022 mit einem steilen Zinsanstieg ab Mitte des Jahres 2022 reagiert. Der Satz der Einlagenfazilität wurde seit Ende Juli 2022 von -0,5 Prozent auf 3,75 Prozent angehoben (Tabelle 4). Er liegt nun auf dem Niveau vor dem Platzen der „Dot-Com-Blase“ 2001 und sogar über dem der Hochkonjunktur vor der Finanzkrise 2008. Für die kommende Sitzung des Zentralbankrates Mitte September erwarten wir nun – abweichend von der Sommerprognose – einen weiteren Zinsschritt von 0,25 Prozentpunkten. Dies dürfte die letzte Zinsanhebung in diesem Zyklus sein. Neben der Zinspolitik verstärkt die EZB den Restriktionsgrad der Geldpolitik über einen Abbau des Anleihebestandes (Boysen-Hogrefe et al. 2023b). Zwar liegt die Inflationsrate noch deutlich über dem Inflationsziel von 2 Prozent, aber der Preisauftrieb hat sich abgeschwächt. Gegen zusätzliche Zinsschritte sprechen auch die zuletzt eingetrübten Stimmungsindikatoren, die eine schwache wirtschaftliche Dynamik nahelegen. Der Zwiespalt zwischen einer aktuell noch zu hohen Inflation bei einem absehbar anstehenden Preisdruck durch kräftige Lohnsteigerungen und

einer sich eintrübenden Konjunktur könnte dahingehend aufgelöst werden, dass die Kommunikation der EZB einen Verweis auf die Beständigkeit des Zinsplateaus von 4 Prozent für den Satz der Einlagenfazilität enthält. Zinssenkungen dürften erst einsetzen, wenn sich eine nachhaltig sinkende Kernrate (Inflation ohne Energie und Lebensmittel) abzeichnet. Das Zinsplateau dürfte dementsprechend noch bis Oktober 2024 Bestand haben.

Das steile Anheben der kurzfristigen Zinsen und die Erwartungen eines auch längerfristig höheren Zinsniveaus haben die Renditen für Staatsanleihen steigen lassen. Die Renditen für 10-jährige Staatsanleihen sind vor allem über das Jahr 2022 im Zuge der geldpolitischen Strafung gestiegen. Dabei spielten vor allem die veränderten Erwartungen an das kurzfristige Leitzinsniveau eine Rolle (Sonnenberg 2023). Die Renditen lagen im Juli 2023 rund 2,6 Prozentpunkte höher als zu Anfang 2022. Sie haben seit Jahresbeginn nur noch leicht zugelegt und lagen zuletzt bei 2,5 Prozent. Der wesentliche Treiber der Staatsanleiherenditen ist der Verlauf des erwarteten Leitzinsniveaus in den nächsten 10 Jahren. Allerdings ist auch die Terminprämie gestiegen. Laut Deutscher Bundesbank (2023a) hängt der Anstieg mit einer gestiegenen Inflationsrisikoprämie zusammen.¹ Ähnlich wie die no-

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	3,50	4,00	4,25	4,25	4,25	4,25	4,25	4,00	3,50	3,25	3,25	2,75
Langfristige Zinsen	2,3	2,4	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5
US-Dollar/Euro	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,5	91,3	91,6	91,9	91,5	91,1	89,7	89,4	89,4	89,5	89,6	89,7
Exportmärkte	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7
Rohölpreis	81,1	78,2	84,1	84,0	82,8	81,7	80,6	79,5	78,5	77,6	76,7	75,9
Gaspreis	53,4	35,2	33,7	46,1	52,6	50,6	50,8	53,9	47,3	47,3	47,3	47,3
Strompreis	122,9	99,5	100,3	119,4	139,1	122,0	132,6	152,1	125,1	125,1	125,1	125,1

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent. Gaspreis: Euro je MWh (TTF). Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

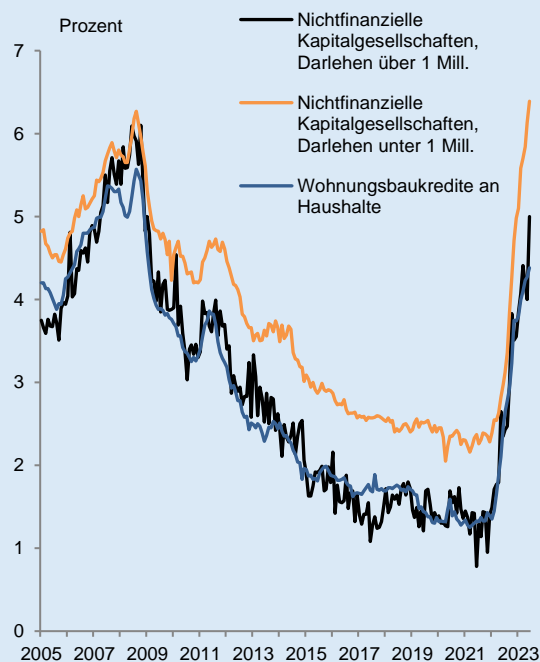
Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA, Refinitiv, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

¹ Die Erwartungen für das Leitzinsniveau und die geforderte Terminprämie können durch Overnight-Index Swaps abgeleitet werden.

minimalen Renditen sind auch die erwarteten Realzinsen gestiegen. Aus inflationsindexierten 10-jährigen Anleihen ergaben sich für Deutschland Anfang 2022 noch negative Realzinsen von -1,9 Prozent. Im August 2023 lag der Wert bei 0,15 Prozent.

Die monetären Bremsspuren zeigen sich in den Finanzierungskonditionen der privaten Haushalte und Unternehmen. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite lagen im Juni 2023 bei 4,4 Prozent und für Unternehmenskredite bei 5 Prozent (Abbildung 2). Die Tiefpunkte der Kreditzinsen für private Haushalte und Unternehmen lagen während der Pandemie bei rund 1,3 Prozent. Unternehmensanleihen rentierten zuletzt mit 4,3 Prozent und somit rund 1,6 Prozentpunkte über vergleichbaren Renditen für Bundesanleihen (Abbildung 3). Dieser Aufschlag bewegt sich im langfristigen Mittel. Er war im Zuge des Ukrainekrieges auf bis zu 2,5 Prozentpunkte gestiegen, ist seitdem aber rückläufig. Die geldpolitische Straffung hinterlässt in der Kreditvergabe bereits Bremsspuren. Zwar sind die Vorjahresraten bei der Kreditvergabe an den Privatsektor noch positiv, jedoch verringern sie sich zunehmend (Abbildung 4). Der Bestand an ausstehenden Unternehmenskrediten beläuft sich seit Anfang des Jahres auf einem Niveau von rund 1266 Mrd. Euro. Die Wohnungsbaukredite an die Haushalte befinden sich seit Anfang des Jahres auf einem Niveau von rund 1558 Mrd. Euro. Vor allem das Kreditneugeschäft für Wohnungsbaukredite ist eingebrochen und lag in der ersten Jahreshälfte rund 50 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Da Wohnungsbaukredite lange Laufzeiten aufweisen und für viele Haushalte relativ zu ihrem Einkommen eine große Investitionsentscheidung darstellen, reagieren sie auf das veränderte Zinsniveau sehr stark. Da in Deutschland der Verschuldungsgrad der Haushalte relativ gering ausfällt und die Zinsbindung sehr langfristig ist, sind die Effekte der geldpolitischen Straffung auf den privaten Konsum aber wohl begrenzt (Di Casola 2023). Neben den Zinskonditionen haben die Banken auch die Kreditvergabestandards bereits seit Anfang 2022 verschärft. Die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft der Deutschen Bundesbank zeigt, dass die Risikoeinschätzung und die Risikotoleranz der Banken hauptsächlicher Treiber hinter der Verschärfung der Vergabestandards sind. Die jüngste

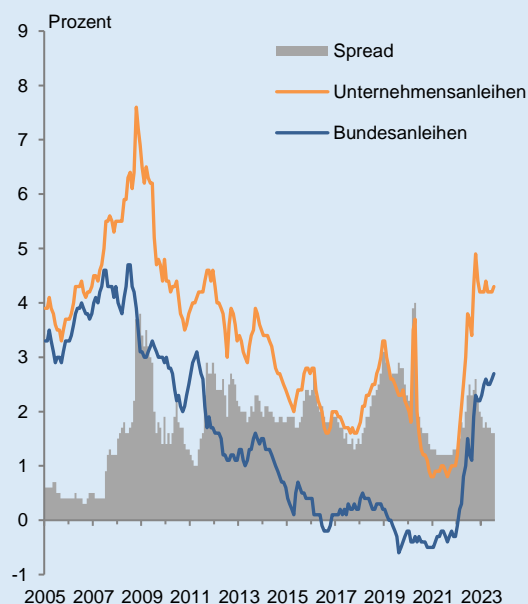
Abbildung 2: Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

Abbildung 3: Kapitalmarktzinsen

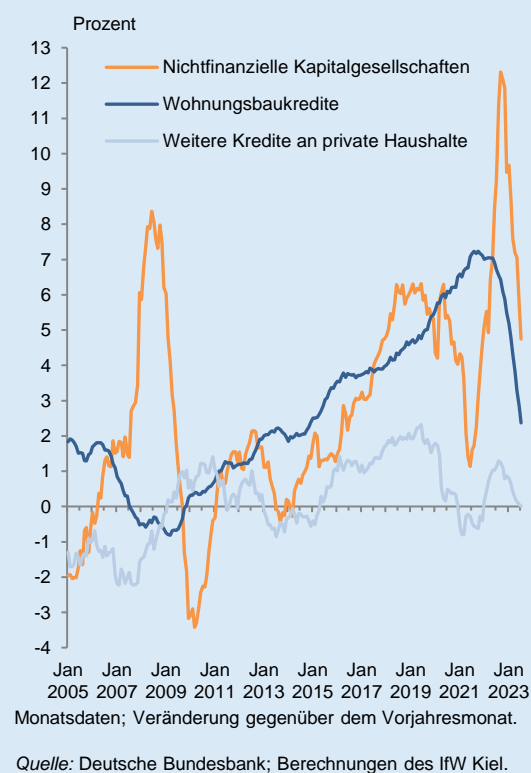


Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Umfrage legt nahe, dass sich die Kreditstandards im dritten Quartal 2023 weiter verschärft werden. Während die Kreditnachfrage der privaten Haushalte bereits im zweiten Quartal 2022 sank und seitdem durch das hohe Zinsniveau, die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und Konsumentenzuversicht stark zurückgegangen ist, wurde die Kreditnachfrage der Unternehmen lange durch erhöhte Nachfrage nach der Finanzierung von Lagerhaltung und Betriebsmittel gestützt. Erst seit dem vierten Quartal 2022 überwiegt der negative Einfluss des hohen Zinsniveaus und dem Rückgang der Kreditnachfrage zur Finanzierung von Anlageinvestitionen deutlich.

Abbildung 4:
Kreditexpansion



Kurswechsel in der Finanzpolitik voraus

Im laufenden Jahr belastet die Finanzpolitik abermals das Budget des Gesamtstaates. Obwohl die Ad-hoc-Maßnahmen des Energiekrisenjahres 2022, wie Einmalzahlungen an

Erwerbstätige und Rentner, der Tankrabbat oder die Stützung von Energieunternehmen, überwiegend entfallen, dürfte die Ausrichtung der Finanzpolitik das Budget des Jahres 2023 belasten. Insbesondere führen Maßnahmen im Steuerrecht zu einer Entlastung des privaten Sektors. So wurden zum 1. Januar die Tarife der Einkommensteuer reduziert und die Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas zeigt im laufenden Jahr seine volle Wirkung (Tabelle 5). Zudem dürfte die Abgabefreiheit der Inflationsausgleichsprämien zu merklichen Steuer- und Beitragsmindereinnahmen führen. Auf Seiten der Sozialversicherungen dürfte dies aber durch zugleich gestiegene Beitragssätze kompensiert werden. Erhebliche Mehrausgaben entstehen durch die „Preisbremsen“ für Strom und Gas. Zudem dürften die großen Sondervermögen des Bundes, wie das Sondervermögen Bundeswehr und der Klima- und Transformationsfonds (KTF), zusätzliche Ausgaben tätigen. Von den weiteren Sondervermögen von Bund und Ländern dürften ebenfalls expansive Impulse ausgehen. Dem Ausgabenanstieg entgegen wirkt das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, wodurch die Ausgaben im Gesundheitsbereich gedämpft werden sollen. Zugleich werden allerdings zusätzliche Mittel bereitgestellt, um der Medikamentenknappheit entgegenzuwirken. Insgesamt sind die finanzpolitischen Maßnahmen merklich expansiv und haben eine Budgetwirkung von 23 Mrd. Euro (0,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen verringert sich der Betrag auf 17 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2024 setzt die Konsolidierung ein. Zwar dürften die Ausgaben der Sondervermögen weiter zulegen, die des KTF sogar sehr kräftig, da mit steigenden Ausgaben für die Einspeisung von erneuerbarem Strom zu rechnen ist. Zeitgleich führt das Auslaufen der „Preisbremsen“ aber zu erheblichen Minderausgaben. Zudem dürften die Neugestaltung der Lkw-Maut und der Anstieg der CO₂-Steuer zu Mehreinnahmen führen. Zugleich entfallen vergünstigte Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und bei Erdgas sowie der Spitzenausgleich in der Stromsteuer, so dass trotz einer abermaligen Verschiebung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer mit Steuermehreinnahmen zu rechnen ist. In der

Tabelle 4
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen

	2023	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Erdgas	-5,3	4,4	3,3
Inflationsausgleichsgesetz (kalte Progression)	-11,9	-12,8	-2,3
Ausgleich kalte Progression 2025	0	0	-4,2
Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämien	-5	2	3
Jahressteuergesetz 2022	-2,9	-0,7	1
Tankrabatt 2022	3,2	0	0
Temporäre Umsatzsteuersenkung (Gastronomie)	0,0	2,9	0,5
Degressive AfA (Corona-Maßnahme)	0,3	3,8	3,2
Stromsteuer (Wegfall Spitzenausgleich)	0,0	1,4	0,0
Sonstige Steuerrechtsänderungen	-6,2	-4,0	1,8
Gewinnabschöpfung bei Energieherstellern	0,4	-0,4	0,0
Wachstumschancengesetz	0,0	-2,7	-4,9
Anhebung der CO ₂ -Abgabe	0,0	2,3	2,3
Anhebung Lkw-Maut	0,7	7,0	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anhebung Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,3	3,8	0,0
Anhebung Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung	3,2	3,4	0,0
Anhebung Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung	2,6	0,0	0,0
Verschiebung der Mini/Midi-Jobgrenze	-1,3	0,0	0,0
Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämien	-6,0	2,2	3,7
Absenkung der Insolvenzzulage	-0,3	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
"Strom- und Gaspreisbremse"	-28,0	26,5	1,5
Dezember-Abschlag	5,0	0,0	0,0
Abschaffung der EEG-Umlage	-1,0	-10,0	0,0
Unternehmenshilfen in der Energiekrise	19,0	2,0	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	-2,0	2,0	0,0
Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige	5,0	0,0	0,0
Corona bedingte Gesundheitsausgaben	9,0	0,0	0,0
Energiepreispauschale	10,4	0,0	0,0
Kinderboni (Corona, Energiekrise)	1,4	0,0	0,0
Anhebung Kindergeld	-6,3	0,0	0,0
Kindergrundsicherung	0,0	0,0	-2,4
Einmalzahlung in der Grundsicherung (Corona und Energiekrise)	0,6	0,0	0,0
Einmalzahlungen Studierende und Rentner	6,3	-0,3	0,0
Pflegeboni	1,0	0,0	0,0
BAföG Reform	-0,5	0,0	0,0
Wohngeldreform / Heizkostenzuschuss	-1,8	-1,1	0,0
9-Euro-Ticket/49-Euro-Ticket	0,7	-1,0	0,0
Sondervermögen KTF (ohne EEG)	-6,5	-9,0	-1,0
Sondervermögen Bundeswehr	-5,0	-7,0	0,0
Weitere Sondervermögen von Bund und Ländern	-2,5	0,5	0,5
Einführung Bürgergeld	-4,8	0,0	0,0
Sozialer Wohnungsbau	-0,5	-0,6	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen im Bereich Pflege	0,6	-1,4	-1,5
Maßnahmen im Bereich Gesundheit	1,6	0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4	0,0
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1	-0,1
Grundrente	0,7	-0,7	0,0
Zwischensumme	-23,3	12,3	4,4
Automatische Reaktionen			
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	12,5	12,1	8,1
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-5,8	-1,7	-1,2
Summe	-16,6	22,7	11,3
In Relation zum BIP	-0,4	0,6	0,3

Summe dürften die direkten Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen das gesamtstaatliche Budget um 12 Mrd. Euro (0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) entlasten. Zusammen mit den automatischen Reaktionen steigt der Betrag auf 23 Mrd. Euro (0,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Die finanzpolitische Ausrichtung des Wahljahres 2025 deutet sich bisher als weitgehend neutral an. Zwar bringen Kindergrundsicherung und Wachstumschancengesetz zusätzliche Belastungen für das Budget mit sich, doch werden diese vom Wegfall befristeter expansiver Maßnahmen in etwa kompensiert. Nach der Theorie des politischen Konjunkturzyklus (Nordhaus

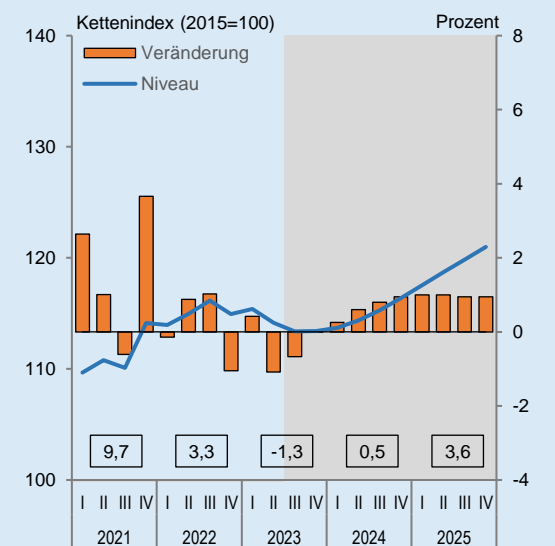
1975) ist für ein Wahljahr mit einer expansiven Haltung der Finanzpolitik zu rechnen, sofern die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden sollen, besteht allerdings kaum Aussicht auf eine deutlich expansivere Politik. Die Rücklagen in Kernhaushalten und Sondervermögen dürften gegen Ende des Jahres 2024 so weit aufgebraucht sein, dass hier eine zusätzliche Beschleunigung des Ausgabentempos unwahrscheinlich ist. Zwar gibt es auch ohne das Vehikel Sondervermögen im Rahmen der Schuldenbremse Möglichkeiten, Ausgaben über Kredit zu finanzieren, so durch Öffentlich-Private-Partnerschaften und öffentliche Unternehmen (Boysen-Hogrefe 2023), doch zeichnet sich dieser Weg derzeit politisch nicht ab.

Eingetrübte Aussichten für den Außenhandel

Die Exporte waren im zweiten Quartal auf breiter Front rückläufig. Sowohl Waren- als auch Dienstleistungsausfuhren fielen jeweils um mehr als ein Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die Konsumwaren durchlebten in der ersten Jahreshälfte eine auffällig schwache Entwicklung als Resultat des weltweit verhaltenen Konsums (Gern et al. 2023). Aber auch die Ausfuhr energieintensiver Produkte wie Glaswaren und Chemikalien setzte ihren negativen Trend fort. Der Rückgang der Exporte war zudem geografisch breit gestreut. So fielen die nominalen Ausfuhren in die Europäische Union, in die Vereinigten Staaten und die Länder Asiens. Entgegen des ausgeprägten Abschwungs der Exporte nach China in den vergangenen Jahren (Stamer 2023) erholte sich jedoch der Handel mit China zumindest leicht im zweiten Quartal. Alles in allem sanken die deutschen Ausfuhren um 1,1 Prozent (Abbildung 5).

Die Frühindikatoren haben sich nach einer kurzen Atempause erneut eingetrübt. Sowohl die ifo Exporterwartungen als auch die Produktionserwartungen in Partnerländern hatten sich im Frühjahr leicht verbessert und eine Erholung für den Rest des Jahres angezeigt. Im Sommer haben sich beide nun wieder verschlechtert (Abbildung 6). Im übrigen Euroraum dürfte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal kaum mehr als stagnieren und danach nur allmählich wieder anziehen (Boysen-Hogrefe et al. 2023b). Damit

Abbildung 5: Exporte

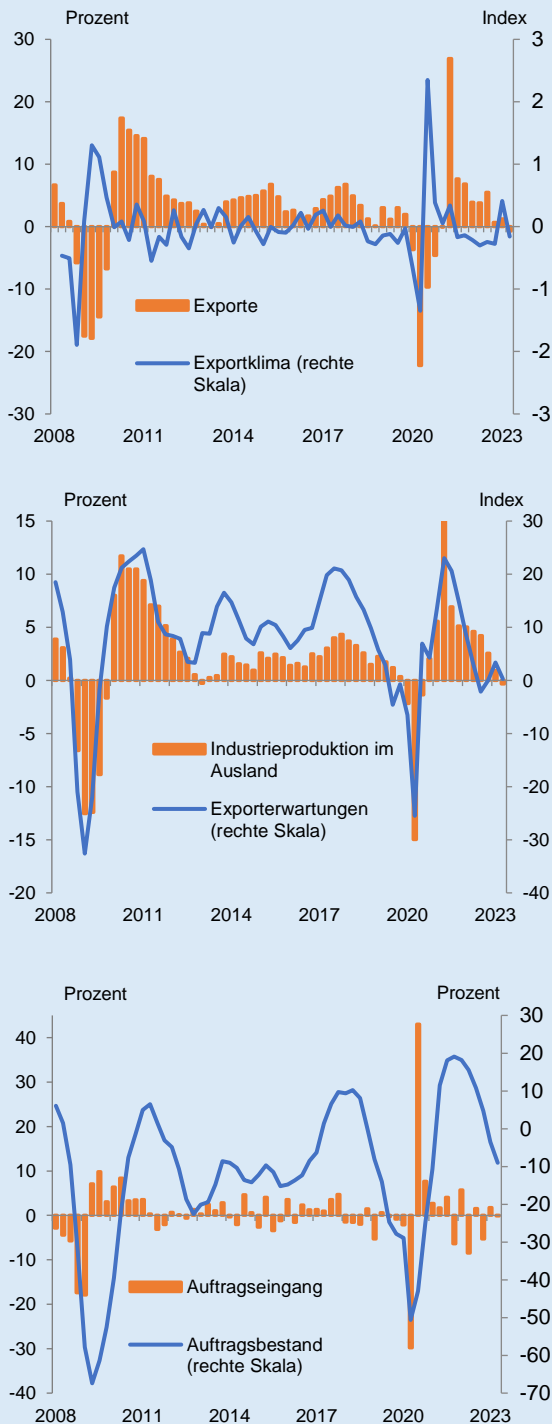


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

sendet der für Deutschland wichtigste Handelspartner kaum positive Impulse. Belastet werden die deutschen Exporte durch die weltweit sinkende Kapazitätsauslastung. Gewichtet nach den Anteilen deutscher Ausfuhren sank die durchschnittliche Auslastung weltweit innerhalb eines Jahres von 82,5 Prozent auf zuletzt 80,0 Prozent. In der Folge sinkt erfahrungsgemäß die Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern, die knapp ein Drittel der deutschen Warenausfuhren ausmachen. Aufgrund der Aufwertung des Euro und des recht hohen Preisauftriebs in Deutschland im Vergleich zu Ländern der EU, den USA und anderen Handelspartnern hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zuletzt verschlechtert. Für das laufende Quartal rechnen wir mit abnehmenden Warenexporten um 0,9 Prozent. Die Dienstleistungsexporte könnten nach einem Rückgang um 1,2 Prozent im zweiten Quartal in diesem Quartal leicht steigen. Insgesamt gehen die deutschen Ausfuhren im gesamten Jahr 2023 um mehr als 1 Prozent zurück. Ab dem kommenden Jahr dürfte sich das weltwirtschaftliche Umfeld für den deutschen Außenhandel aufhellen. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums ohne Deutschland um 1 Prozent expandieren (Boysen-Hogrefe et al. 2023b). Die deutschen Ausfuhren steigen im

Abbildung 6:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragszugang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportserwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

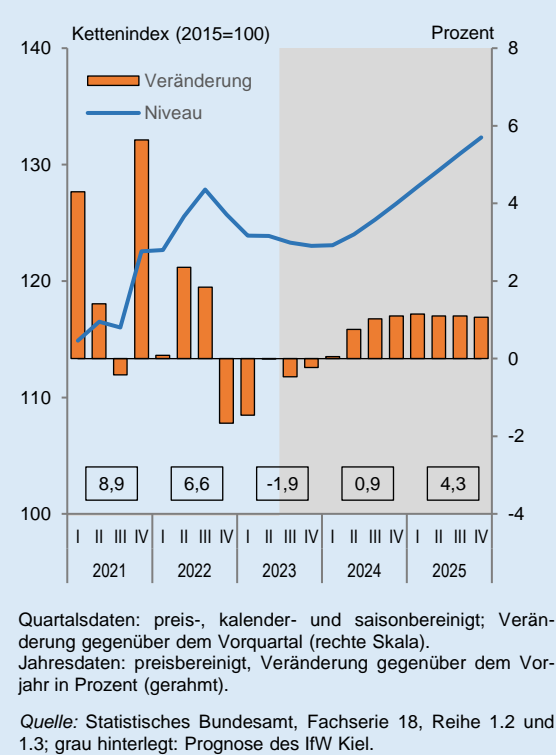
Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des Ifw Kiel.

kommenden Jahr um 0,5 Prozent und im Jahr 2025 um 3,6 Prozent.

Die Importe stabilisierten sich zuletzt nach einem schwachen Winterhalbjahr. Die Einfuhren über alle Warengruppen und Dienstleistungssparten hinweg blieben im zweiten Quartal konstant (Abbildung 7). Die Konsumgüterimporte, die im ersten Quartal noch um 11,5 Prozent eingebrochen waren, gaben im Frühjahr nur noch um 1,5 Prozent nach. Auf die Dienstleistungen entfiel ein Zuwachs von 1,7 Prozent. Da die privaten Konsumausgaben im dritten Quartal kaum mehr als stagnieren dürften und die Investitionen wohl zurückgehen, zeichnet sich für die Importe ein Rückgang ab. Der Kiel Trade Indicator, der die Bewegungen von Containerschiffen analysiert, legt eine Stagnation der Wareneinfuhren nahe. Für die Importe insgesamt erwarten wir für das dritte Quartal eine Abnahme von 0,5 Prozent. Für das gesamte Jahr 2023 erwarten wir einen Rückgang um 1,9 Prozent. In den kommenden beiden Jahren dürften die Importe mit der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wieder anziehen und um 0,9 Prozent (2024) bzw. 4,3 Prozent (2025) steigen.

Die Terms of Trade verbessern sich vorerst weiter. Dies resultiert aus weiterhin deutlich fallenden Importpreisen und im Verhältnis dazu nur leicht abnehmenden Exportpreisen. Die Einfuhrpreise sanken im zweiten Quartal um 2 Prozent und damit das dritte Quartal in Folge. Maßgeblich waren zuletzt günstigere fossile Energieträger, chemische Produkte und Nahrungsmittel. Angesichts der vorliegenden Monatswerte für die Wareneinfuhren dürfte sich der Preisrückgang im laufenden Quartal fortsetzen. Wir rechnen mit einem Minus von 1,8 Prozent. Im Einklang mit den jüngsten Monatswerten rechnen wir für das laufende Quartal mit nur geringfügig sinkenden Exportpreisen um 0,2 Prozent und einer daraus resultierenden Verbesserung der Terms of Trade um 1,6 Prozent. Damit hätten sich die Terms of Trade nach dem Einbruch im Zuge der Energiekrise wieder stark ihrem langfristigen Mittel angenähert. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für den weiteren Prognosezeitraum mit keinen größeren Schwankungen bei den Terms of Trade.

Abbildung 7:
Importe



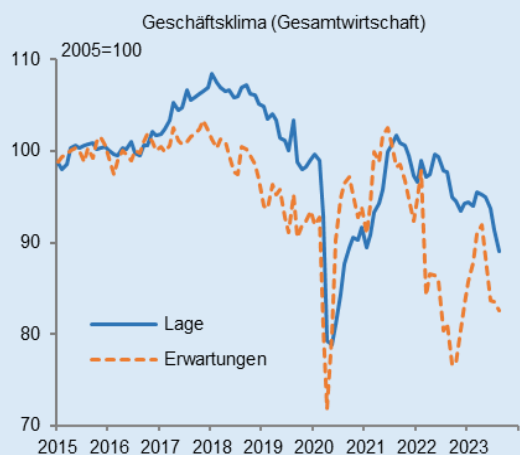
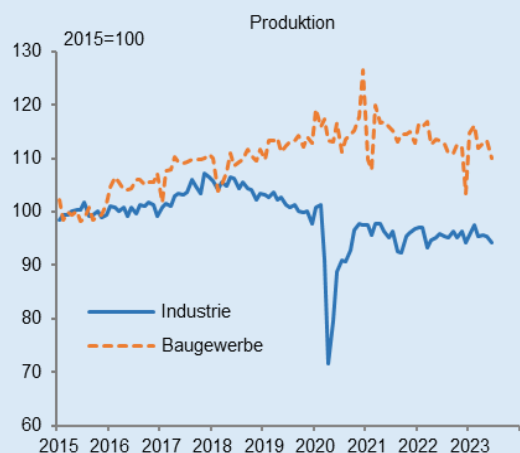
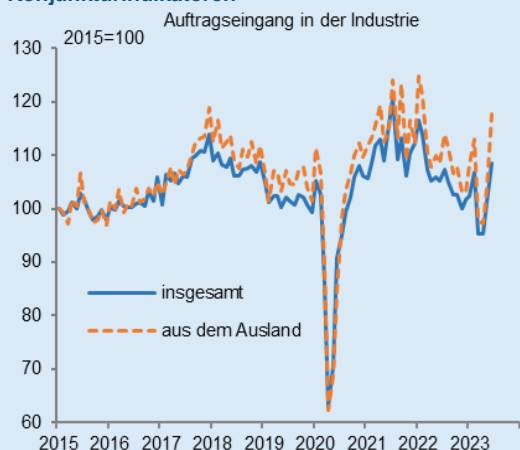
Die Bruttowertschöpfung schwenkt allmählich wieder auf Expansionskurs ein

Die Wirtschaftsleistung wird im dritten Quartal voraussichtlich sinken. Die Geschäftslage hat sich ausweislich der ifo Unternehmensbefragungen bis zuletzt fünf Monate in Folge verschlechtert (Abbildung 8). Die bis zum August vorliegenden Werte deuten darauf hin, dass sie im dritten Quartal so stark zurückgehen wird, wie es seit 2005 (seitdem die Dienstleistungsbranchen in dem Indikator enthalten sind) in einem einzelnen Quartal nur während der Finanzkrise und der Pandemie zu beobachten war. Freilich könnte die eingetrübte Geschäftslage nicht nur auf eine sinkende Produktion hindeuten, sondern angesichts der geringen wirtschaftlichen Dynamik und dem Auslaufen pandemiebedingter Nachholeffekte auch geringeren Preiserhöhungsspielräumen bei gleichzeitig weiter steigenden Kosten geschuldet sein. Andere Frühindikatoren, wie die Industrieproduktion in Verbindung mit der zeitnäher verfügbaren Lkw-Fahrleistung, deuten auf einen moderateren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts als die

Unternehmensbefragungen hin. Alles in allem erwarten wir ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal um 0,3 Prozent (Tabelle 6). Die eingetrübten Geschäftserwartungen der Unternehmen sprechen dafür, dass sich die wirtschaftliche Aktivität nicht rasch wieder erholen wird. Im vierten Quartal werden jedoch stabilisierende Faktoren wie die im Zuge steigender Realeinkommen der privaten Haushalte anziehende Wertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen voraussichtlich stärker zum Tragen kommen. Zudem sind die Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe nach wie vor hoch. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal wohl etwas steigen.

Die Unterschiede zwischen den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung erschweren weiterhin die Konjunkturanalyse. Seit dem Beginn der Pandemie sind die Unterschiede zwischen den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung ungewöhnlich groß. Zum Teil lassen sich diese Unterschiede, die sich in Schwankungen der Gütersteuern und -subventionen widerspiegeln, ökonomisch erklären, beispielsweise weil es in diesem Zeitraum zu ungewöhnlich großen Ausschlägen beim privaten Konsum gekommen ist, durch die die Gütersteuern stark beeinflusst werden (Boysen-Hogrefe und Jannsen 2023). Zum Teil dürften die Unterschiede aber auch auf Messprobleme zurückzuführen sein. So deutete die im Quartalsverlauf wechselnde Folge von höheren und niedrigeren Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung gegenüber den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts auf Probleme bei der Schätzung der Saisonfaktoren hin, die durch die starken Ausschläge während der Pandemie verursacht worden sein könnten. Mit der jüngsten Datenrevision durch das Statistische Bundesamt, die besonders deutlich bei der Bruttowertschöpfung zu Buche schlug, fallen die Unterschiede für die vergangenen Quartale weniger systematisch und etwas geringer aus. Insgesamt sind sie jedoch bis zuletzt weiterhin deutlich größer als vor dem Beginn der Pandemie. Im zweiten Quartal entwickelte sich die Bruttowertschöpfung mit einem Rückgang von 0,5 Prozent deutlich schwächer als das Bruttoinlandsprodukt. Insgesamt befanden sich die preisbereinigten Nettogütersteuern

Abbildung 8:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

im zweiten Quartal jedoch auf einem Niveau, das sich anhand eines Modells, das die Nettogütersteuern auf Basis der Entwicklung mehrerer Verwendungskomponenten wie dem privaten Konsum erklärt, recht gut nachvollziehen lässt (Boysen-Hogrefe 2023a). Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass sich das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung im Prognosezeitraum ähnlich entwickeln werden.

Die hohen Auftragsbestände stabilisieren die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind bereits seit Jahresanfang 2021 in der Tendenz deutlich rückläufig. Im Juni kam es zwar zu einem kräftigen Anstieg. Dieser war jedoch ausschließlich Großaufträgen geschuldet. Abgesehen von Großaufträgen verharrten die Auftragseingänge auf niedrigem Niveau und lagen im Juni rund 15 Prozent unterhalb ihres Niveaus vom Januar 2021. Im gleichen Zeitraum blieb die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in etwa unverändert, auch weil sich aufgrund der Lieferengpässe umfangreiche Auftragsbestände gebildet hatten. Zuletzt mehrten sich die Zeichen, dass die Produktionskapazitäten der Industrie in den vergangenen Jahren nicht mehr gestiegen oder sogar gesunken sind. So dürften sich die Kapazitäten in der Automobilindustrie nicht zuletzt im Zuge der Umstellung der Produktion auf Elektroautos verringert haben. Zudem sind die Produktionseinbußen in den energieintensiven Industrien seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine wohl zu größeren Teilen dauerhafter Natur. Im Juni lag die Produktion dort um mehr als 15 Prozent niedriger als zu Jahresbeginn 2021. Dies entspricht mehr als 2,5 Prozent der gesamten Industrieproduktion. Für geringere Produktionskapazitäten spricht auch, dass die Unternehmen ihre Produktion trotz zuletzt deutlich nachlassender temporärer Belastungsfaktoren, wie den Lieferengpässen und den krankheitsbedingten Arbeitsausfällen, bei gleichzeitig hohen Auftragsbeständen nicht spürbar ausweiten konnten. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe – auch infolge fehlender Fachkräfte – nicht allzu viel Luft nach oben hat. Im Prognosezeitraum dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe trotz der Auftragsflaute etwas anziehen, da die Unternehmen mit den weiter nachlassenden

Tabelle 6:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent												
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	0,0	-0,3	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,2	-0,5	-0,3	0,2	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,3	-0,6	0,1	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,1	-0,5	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-1,6	-5,2	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	5,3	0,2	-2,5	-1,5	-0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,5	-1,4	-0,1	0,5	0,9	1,1	1,1	0,8	0,6	0,4	0,2	0,2
Information und Kommunikation	0,4	1,1	0,2	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,0	-2,1	-1,0	-0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,1	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	0,2	0,0	-0,5	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleister	-0,3	-0,8	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	2,5	0,0	0,0	0,8	0,8	1,0	1,0	0,8	0,5	0,3	0,2	0,2

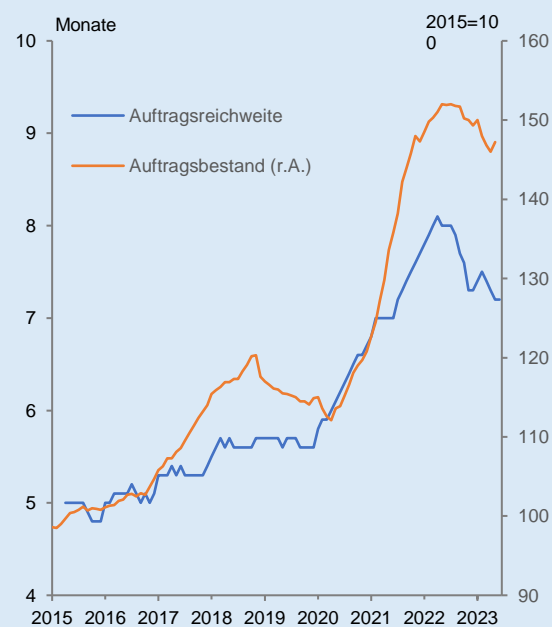
Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

temporären Belastungsfaktoren ihre hohen Auftragsbestände abarbeiten können, zumal die Auftragseingänge angesichts der vergleichsweise stabilen Weltkonjunktur ihre Talsohle wohl bald durchschritten haben werden (Abbildung 9). Für das dritte Quartal deuten die Indikatoren wie die Industrieproduktion, die Lkw-Fahrleistung und die Unternehmensbefragungen zusammengekommen darauf hin, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe noch einmal leicht zurückgehen wird.

Die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen wird durch die hohen Realeinkommenszuwächse vorübergehend kräftig anziehen. Die Unternehmenszuversicht in den Dienstleistungsbranchen hat sich in den vergangenen Monaten merklich eingetrübt. Per Saldo bewerten jedoch die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage immer noch als recht gut. Im Handel sind ausweislich der Befragungen sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen deutlich schlechter als bei den Dienstleistungen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die absehbar kräftigen Reallohnzuwächse im kommenden Jahr zu einer deutlichen Belebung der Aktivität im Einzelhandel und bei den konsumnahen Dienstleistungsbranchen führen wird, die sich derzeit noch nicht in den schwachen Stimmungsindikatoren widerspiegelt. Auch die Bruttowertschöpfung in den unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen wird mit der leichten Belebung im Verarbeitenden Gewerbe voraussichtlich wieder anziehen,

Abbildung 9:
Auftragsreichweite und Auftragsbestand



Monatsdaten; Auftragsbestand: preis- und saisonbereinigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

wenn wohl auch nicht ganz so ausgeprägt wie in den konsumnahen Branchen. Im Jahr 2025 dürften die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Großen und Ganzen normal ausgelastet sein. Die Zuwachsraten bei der Bruttowertschöpfung werden sich dann in vielen Branchen spürbar verlangsamen und sich ihrem mittelfristig wohl deutlich niedrigeren Wachstumspfad annähern.

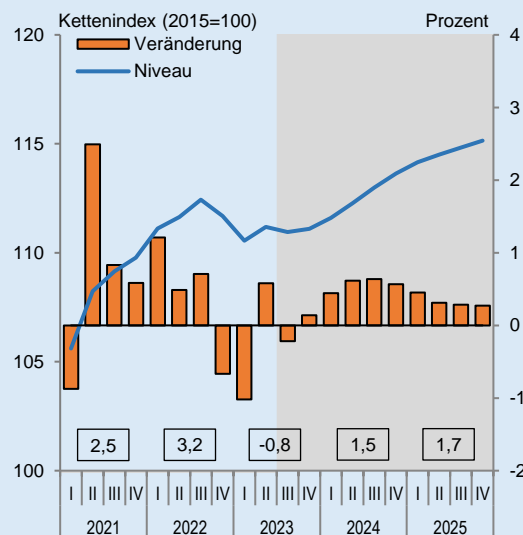
Konsum schiebt die heimische Absorption an

Die heimische Absorption zieht nach Rückgängen im Winterhalbjahr wieder an. Im zweiten Quartal ist die letzte inländische Verwendung um 0,6 Prozent gestiegen, nachdem sie in den beiden Quartalen zuvor gesunken war (Abbildung 10). Ohne Vorratsveränderungen ergab sich freilich nur ein leichtes Plus von 0,1 Prozent. Im Prognosezeitraum dürfte die heimische Absorption ab dem kommenden Jahr wieder merklich anziehen. Maßgeblich ist die lebhaftere Expansion der Konsumausgaben. Die Bruttoanlageinvestitionen werden dagegen aufgrund der Misere in der Bauwirtschaft voraussichtlich zunächst sinken und erst allmählich wieder auf einen moderaten Expansionskurs einschwenken. Insgesamt dürfte die heimische Absorption im laufenden Jahr um 0,8 Prozent sinken. Für die kommenden beiden Jahre rechnen wir mit Anstiegen von 1,5 Prozent (2024) bzw. 1,7 Prozent (2025).

Die real verfügbaren Einkommen ziehen wieder an. Die Bruttolohnsumme lag im zweiten Quartal um 7,6 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen sogar um 9,6 Prozent – und damit so kräftig wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Neben den Lohnerhöhungen haben dazu die abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien, die regelmäßige Anpassung der Tarifeckwerte der Einkommenssteuer an die Inflation zu Jahresbeginn sowie geringere Progressionseffekte aufgrund der durch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro geringeren Lohnspreizung beigetragen.² Auch die monetären Sozialleistungen stiegen im Vorjahresvergleich deutlich, nicht zuletzt aufgrund der kräftigen Rentenerhöhung im vergangenen Jahr. Zusammengefasst legten die Masseneinkommen (bei denen zusätzlich die Abgaben auf soziale Leistungen negativ einfließen) seit Jahresbeginn auch real (gemessen am Deflator der privaten Konsumausgaben) wieder zu, nachdem sie zuvor 6 Quartale in Folge gesunken waren (Abbildung 11). Im Prognosezeitraum dürften die realen Masseneinkommen

² Die Lohnsteuer hat bei gleichmäßiger Erhöhung aller pro Kopf Löhne und konstantem Steuertarif eine Elastizität von ungefähr 1,7. Sofern allerdings der Lohnanstieg bei geringen Löhnen, die einen geringeren

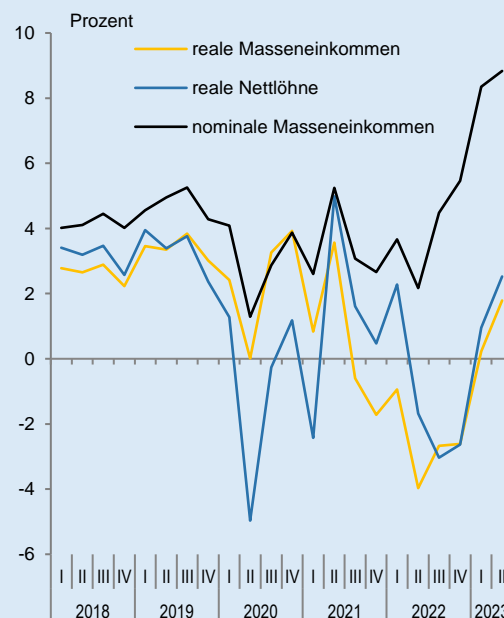
Abbildung 10: Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 11: Masseneinkommen und Reallöhne



Quartalsdaten, Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr. Reale Werte berechnet mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben.

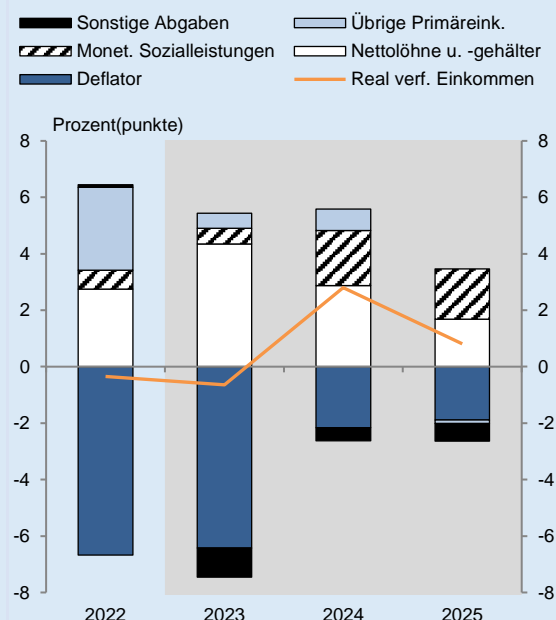
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

Grenzsteuersatz haben, höher ausfällt, steigt die Lohnsteuer weniger stark mit dem gesamtwirtschaftlichen Anstieg der pro Kopf Löhne. Die Reduktion der Lohnspreizung führt zu einer Reduktion der Elastizität.

zunächst in beschleunigtem Tempo zunehmen, da die Lohnsumme und die monetären Sozialleistungen weiter in hohem Tempo steigen werden und gleichzeitig der Preisauftrieb voraussichtlich merklich nachlässt. Im Jahr 2025 wird sich der Anstieg voraussichtlich etwas verlangsamten, da die Lohnsumme nicht mehr ganz so kräftig steigen wird. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden wohl in etwas geringerem Tempo steigen, da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte aufgrund der geringen wirtschaftlichen Dynamik nur verhalten expandieren werden. Für die Prognose nehmen wir an, dass sie ihrem historischen Muster folgend, der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften bei ungleich geringeren Schwankungen etwas nachlaufen. Die im Zuge der Zinswende deutlich höheren Zinszahlungen werden für sich genommen wohl vorerst keine größere Wirkung auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben. Zwar sind die Zinszahlungen der privaten Haushalte für Kredite zuletzt spürbar gestiegen – im zweiten Quartal waren sie bereits mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Allerdings zogen auch die Zinserträge zuletzt spürbar an.³ Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5 Prozent (2024) und 2,7 Prozent (2025) steigen, nach 5,8 Prozent im laufenden Jahr. Die real verfügbaren Einkommen werden voraussichtlich im laufenden Jahr um 0,6 Prozent sinken und im Jahr 2024 mit 2,7 Prozent kräftig steigen. Damit wäre das Minus aus den Jahren von 2021 bis 2023 mehr als wettgemacht. Für das Jahr 2025 rechnen wir mit einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen von 0,8 Prozent (Abbildung 12).

Der private Konsum fasst wieder Tritt. Im zweiten Quartal stagnierte der private Konsum, nachdem er in den beiden Quartalen zuvor gesunken war (Abbildung 13). Maßgeblich für die Rückgänge waren die massiven Preissteigerungen und die damit verbundenen realen Einkommensverluste, die schon zuvor die Erholung von dem pandemiebedingten Einbruch erheblich gedämpft haben. Angesichts der nun wieder steigenden Reallöhne dürfte der private Konsum

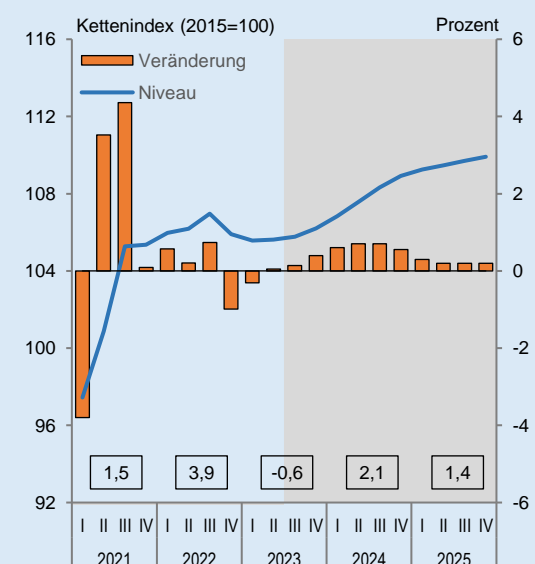
Abbildung 12:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eige-

Abbildung 13:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

³ Im ersten Quartal – jüngere Daten liegen für die Zins-einnahmen noch vor – haben sich die Anstiege der

Zinszahlungen und der Zinserträge seit dem Beginn der Zinswende in etwa die Waage gehalten.

seine Talsohle durchschritten haben. Für das dritte Quartal deuten die Frühindikatoren auf eine noch verhaltene Entwicklung hin. So hat sich das Konsumklima zuletzt zwar von seinen historischen Tiefstwerten gelöst, befindet sich aber immer noch auf niedrigem Niveau. Insbesondere die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte war bis zuletzt gering. Die Gastgewerbeumsätze waren zuletzt rückläufig. Die Einzelhandelsumsätze lagen im Juli in etwa auf dem Niveau des zweiten Quartals. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte der private Konsum aber deutlich Fahrt aufnehmen, da die real verfügbaren Einkommen und insbesondere die Masseneinkommen kräftig anziehen werden. Auch dürften sich die Sorgen vor abermals kräftig steigenden Energiepreisen, die die Konsumneigung dämpfen könnten, zunehmend verringern. Für die Sparquote nehmen wir an, dass sie sich etwa auf dem vor der Pandemie zu beobachteten Niveau von rund 11 Prozent einpendeln wird. Dies impliziert, dass die von den privaten Haushalten während der Pandemie angehäuften zusätzlichen Ersparnisse im Umfang von rund 200 Mrd. Euro bzw. rund 10 Prozent der jährlichen Konsumausgaben dauerhaft nicht für den Konsum aufgewendet werden. Zwar haben die privaten Haushalte in den Vereinigten Staaten bereits in größerem Umfang ihre zusätzlichen Ersparnisse für Konsumgüter verausgabt. In vielen anderen Ländern war eine solche Entwicklung bislang jedoch noch nicht zu beobachten. Auch in Deutschland gab es bis zuletzt keine Anzeichen dafür. Dies spricht dafür, dass die privaten Haushalte große Teile ihrer zusätzlichen Ersparnisse bereits anderweitig verwendet haben, wie für den Immobilienerwerb oder für andere langfristige Anlageformen. Vor diesem Hintergrund dürften die privaten Konsumausgaben im Jahr 2024 um 2,1 Prozent und im Jahr 2025 um 1,4 Prozent steigen, nach einem Rückgang um 0,6 Prozent im laufenden Jahr.

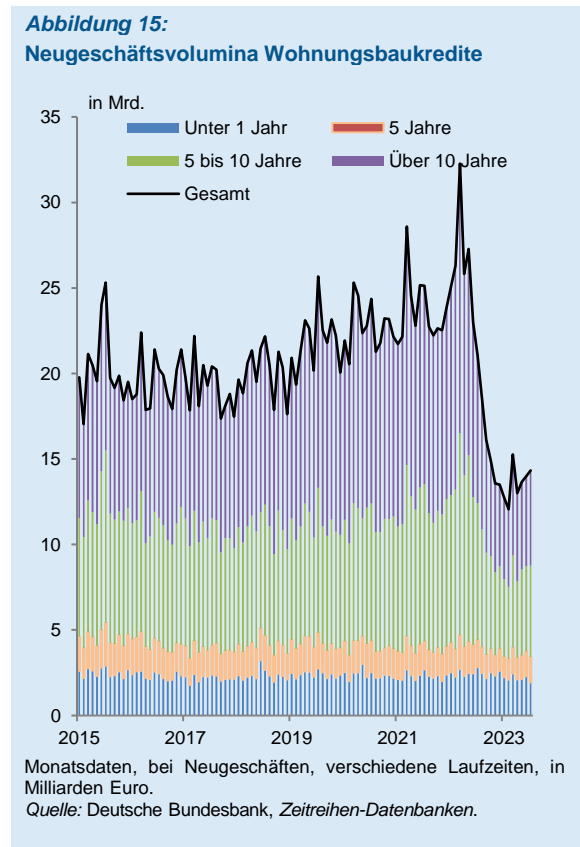
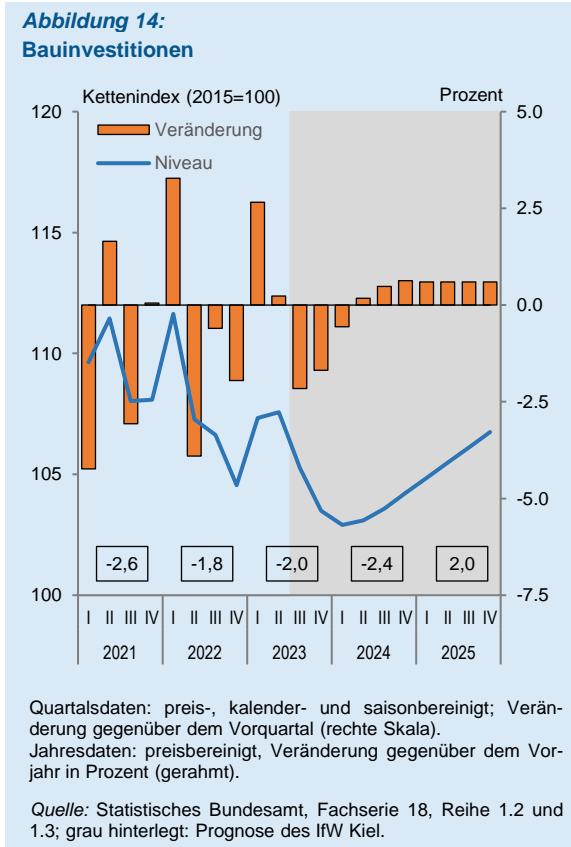
Der Deflator des Staatskonsums ist im Laufe des Jahres 2023 Turbulenzen ausgesetzt. Nominal zeigte sich der Staatskonsum deutlich robuster als preisbereinigt. Im zweiten Quartal expandierte er spürbar, was mit einem Sprung des Deflators einhergeht. Dieser ist von Einmalzahlungen (Inflationsausgleichsprämie) für die Bediensteten von Bund und Kommunen sowie der

Übernahme des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Staatssektor zum 1. Mai geprägt. Der ÖPNV wird infolge der Regelungen zum Deutschlandticket in den VGR seither dem Sektor Staat zugerechnet. Durch den Sektorwechsel werden die Ausgaben zur Unterstützung von allgemeinen Fahrpreisen nicht mehr als Gütersubventionen, sondern als Staatskonsum gebucht.⁴ Die Verbraucherpreise sind von der Umsetzung nicht tangiert, sinken aber durch die Einführung des Deutschland-Tickets. Jedoch wird in der jetzigen Konstellation der nominale Staatskonsum und damit das nominale Bruttoinlandsprodukt annualisiert um rund 15 Mrd. Euro höher ausgewiesen. Da die Umstellung mitten im zweiten Quartal stattfand, wird der Deflator des Staatskonsums (und entsprechend der BIP-Deflator) auch im laufenden Quartal dadurch erhöht. Schließlich rechnen wir damit, dass es im Schlussquartal 2023 nach dem Ende der anstehenden Tarifverhandlungen zu Einmalzahlungen für Bedienstete der Länder kommen wird, was wiederum einen spürbaren Impuls für den Deflator des Staatskonsums bedeutet. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften sich die Turbulenzen legen und der Deflator angesichts der Beruhigung des allgemeinen Preisniveaus eher moderat zulegen. Insgesamt dürfte der Deflator des Staatskonsums im laufenden Jahr um 7,3 Prozent steigen, nach 5,1 Prozent im Jahr 2022. Für die kommenden beiden Jahre rechnen wir mit Anstiegen von 2,7 Prozent (2024) und 1,6 Prozent. Insgesamt dürfte der Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt trotz der Umsetzung des ÖPNV im laufenden Jahr sinken, doch auf weiterhin hohem Niveau verbleiben (Kasten 1).

Trotz schlechter Rahmenbedingungen legten die Bauinvestitionen in der ersten Jahreshälfte zu. Die seit zwei Jahren rückläufigen Bauinvestitionen stiegen im zweiten Quartal um 0,2 Prozent, nachdem sie im ersten Quartal sogar kräftig gestiegen waren (Abbildung 14). Zu dem Anstieg beigetragen haben wohl auch Nachhol-effekte aus dem vergangenen Dezember, als die Bauproduktion wohl auch aufgrund der ungünstigen Witterungsbedingungen regelrecht eingebrochen war. Insgesamt sind die Rahmenbedingungen jedoch weiterhin schlecht. So ließ der

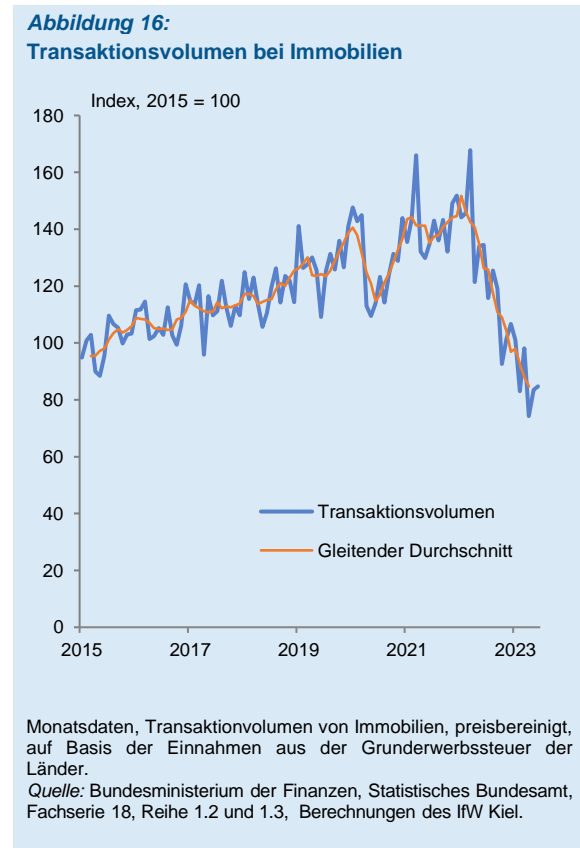
⁴ Anders liegt die Sache bei Fahrpreisreduktionen aus sozialen Gründen wie bei Schülertickets. Solche

Zahlungen wurden bereits zuvor im Staatskonsum gebucht.



rasante Anstieg der Finanzierungskosten zu Jahresbeginn das Neubaukreditvolumen um die Hälfte einbrechen (Abbildung 15). Das Transaktionsvolumen lag im zweiten Quartal gegenüber dem Hochpunkt im vergangenen Jahr um gut 40 Prozent niedriger (Abbildung 16). Der für geraume Zeit starke Preisauftrieb bei den Bauinvestitionen ließ im zweiten Quartal spürbar nach. Während sich 2022 steigende Materialkosten, die hohe Nachfrage sowie hoch ausgelastete Kapazitäten in der Bauwirtschaft zu einem hohen Preisdruck führten, dürften sich nun die wieder sinkenden Materialpreise und die geringere Nachfrage zunehmend bemerkbar machen. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im zweiten Quartal um 0,7 Prozent, nachdem er in den vergangenen zwei Jahren mindestens um 2 Prozent im Quartal zugenommen hatte.

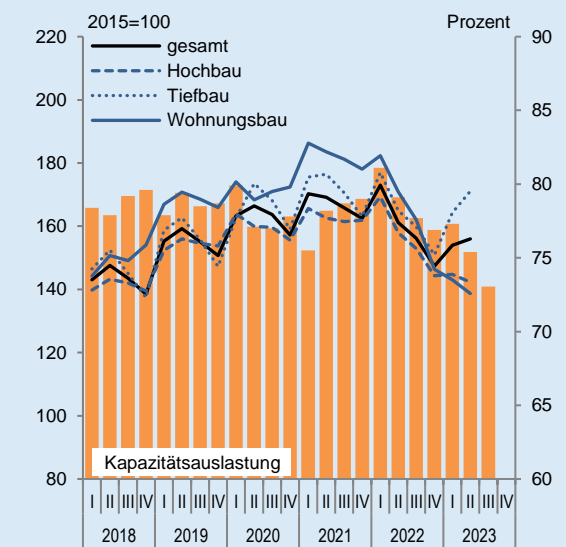
Die Frühindikatoren deuten für das dritte Quartal auf sinkende Bauinvestitionen hin. Die Unternehmen bewerteten in Umfragen aus dem August die Entwicklung der Bauproduktion so schlecht wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die vom ifo Institut erhobene Kapazitätsauslastung



im Bau wird ausweislich der vorliegenden Monatswerte im dritten Quartal kräftig sinken. Alles in allem erwarten wir für das dritte Quartal einen Rückgang der Bauinvestitionen um rund 2 Prozent.

Die Talfahrt der Bauaktivität dürfte sich bis ins kommende Jahr fortsetzen. Für den weiteren Verlauf rechnen wir mit weiteren Rückgängen der Bauinvestitionen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe fielen gegenüber ihrem Hochpunkt im Schlussquartal 2021 um rund 20 Prozent – im Wohnbau sogar um rund 30 Prozent. Insgesamt könnten die Auftragseingänge ihren Tiefpunkt erreicht haben. Seit Jahresbeginn sind sie in der Tendenz nicht mehr gesunken und im Mai und Juni sogar wieder gestiegen. Die Baugenehmigungen im Hochbau sind nach ihrem Hochpunkt Anfang vergangenen Jahres deutlich zurückgegangen und lagen zuletzt rund 17 Prozent darunter. Auch im zweiten Quartal zeigen die Baugenehmigungen weiter nach unten. Besonders betroffen ist auch hier der Wohnbau mit einem Rückgang der Baugenehmigungen von rund 8 Prozent. Laut Umfragen sinken zudem die Unternehmenserwartungen für den Bau. Immer weniger Unternehmen planen einen Ausbau ihrer Kapazitäten und Beschäftigung. Stützend wirken dürfte der weiterhin hohe Auftragsbestand im Bau. Dieser lag im Bauhauptgewerbe noch rund 35% über seinem langjährigen Mittelwert. Insgesamt nimmt der Auftragsbestand aber – bedingt durch sinkende Auftragseingänge und hohe Stornierungsraten – in der Tendenz ab und liegt nun rund 10 Prozent unter seinem Höchststand vom ersten Quartal 2022 (Abbildung 17). Allerdings beklagt sich Umfragen zu Folge mindestens jedes dritte Bauunternehmen über eine mangelnde Nachfrage. Im Gesamtjahr 2023 dürften die Bauinvestitionen um 2 Prozent zurückgehen. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Rückgang von 2,4 Prozent. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften die Bauinvestitionen allmählich wieder zulegen, da dann stimulierende Faktoren, wie der recht hohe Bedarf an Wohnraum, wohl stärker zum Tragen kommen werden. Im Jahr 2025 dürften die Bauinvestitionen um 2 Prozent steigen. Die schwache Nachfrage dürfte den Preisauftrieb im Bau stoppen. Die Materialpreise von Stahl und Holz sanken zuletzt. Die Kosten für Ziegel und Beton haben ein Plateau erreicht. Die in den

Abbildung 17:
Abbildung Auftragslage und Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

vergangenen Jahren kräftig gestiegenen Margen in der Baubranche dürften zunehmend unter Druck geraten und ermöglichen Preissenkungen. Unternehmensumfragen deuten auf sinkende Preise hin. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2023 mit einem Preisanstieg von 7,2 Prozent. Im Jahr 2024 dürfte der Deflator der Bauinvestitionen wohl um rund 3 Prozent fallen. Für das Jahr 2025 erwarten wir einen Preisanstieg von 0,6 Prozent.

Der Einbruch im Wohnungsbau dominiert das Bild bei den Bauinvestitionen. Der Wohnungsbau, der rund 60 Prozent der gesamten Bauinvestitionen ausmacht, zeigt in Hinblick auf die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen eine besonders starke Reaktion auf das gestiegene Zinsniveau. Die Auftragseingänge sanken im zweiten Quartal gegenüber ihrem Hochpunkt im Schlussquartal 2021 um rund 30 Prozent. Im Mai und Juni waren die Auftragseingänge im Wohnungsbau allerdings stark aufwärtsgerichtet. Während der Wohnungsbau im zweiten Quartal in etwa stagnierte, legte der Wirtschaftsbau um rund 2 Prozent zu. Auch im Prognosezeitraum legen der insgesamt geringere Rückgang der Auftragseingänge und der Baugenehmigungen eine stabilere Entwicklung

des Wirtschaftsbaus nahe. Zudem legen die private Ausrüstungsinvestitionen, die oft mit gewerblichen Bauvorhaben verbunden sind, im Prognosezeitraum wohl weiter zu. Steigende Leerstandsquoten in deutschen Großstädten sowie geringere Transaktionsvolumen von Büroflächen, auch ausgelöst durch gestiegene Home-Office-Quoten, dürften jedoch vorerst weiterhin dämpfend wirken. Alles in allem erwarten wir für die Jahre 2023 und 2024 einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 2,7 Prozent und 3,8 Prozent (Tabelle 7). Der Wirtschaftsbau dürfte wohl im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 2 Prozent sinken. Für das Jahr 2025 erwarten wir einen Anstieg der Investitionen in den Wohnungsbau um 2,5 Prozent und der Investitionen in den Wirtschaftsbau um 0,7 Prozent.

Tabelle 7:
Anlageinvestitionen

	2022	2023	2024	2025
Anlageinvestitionen	0,1	-0,3	0,3	2,8
Unternehmensinvestitionen	1,3	0,8	2,3	3,0
Ausrüstungen	4,0	2,9	4,6	4,3
Wirtschaftsbau	-1,6	-2,0	-2,0	0,7
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	1,6	2,3
Wohnungsbau	-2,2	-2,7	-3,8	2,5
Öffentlicher Bau	-0,1	1,5	3,2	2,7
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-1,8	-2,0	-2,4	2,0

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

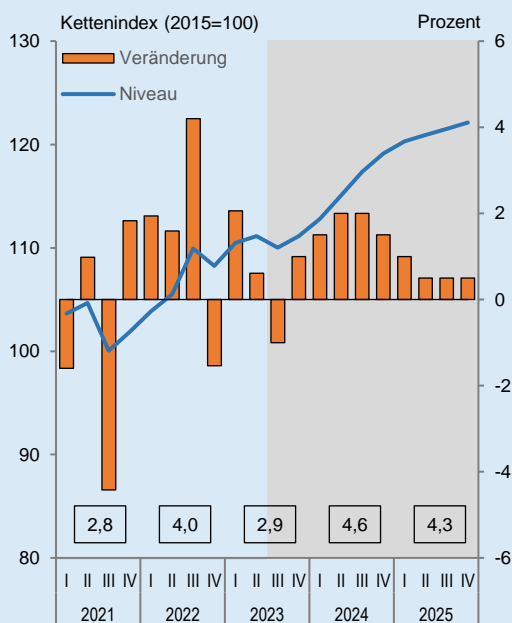
Nach einem starken Winterhalbjahr legte die Expansion des öffentlichen Baus im zweiten Quartal eine Pause ein. Der Rückgang zeigt sich nicht nur in den preisbereinigten, sondern auch in den nominalen Zahlen. Der Rücksetzer deutet auf eine Normalisierung nach der sehr hohen Dynamik in den beiden Vorquartalen hin. Da die Preisdynamik derzeit spürbar nachlässt, rechnen wir im weiteren Verlauf mit Impulsen beim öffentlichen Bau, auch wenn sich die Kassenlage der öffentlichen Haushalte eingetrübt hat. Gegen Ende des Prognosehorizonts rechnen wir allerdings mit einer nachlassenden

Dynamik, die letztlich den anhaltenden Defiziten in den öffentlichen Kassen Tribut zollt.

Die Ausrüstungsinvestitionen legen trotz der schwachen Konjunktur robust zu. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im zweiten Quartal um 0,6 Prozent (Abbildung 18). Dabei fiel der Anstieg der privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 0,4 Prozent etwas geringer aus. Die sehr volatilen öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen nahmen um 4,2 Prozent zu. Während seit Beginn des Kriegs in der Ukraine eigentrübte Konjunkturindikatoren für sich genommen einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen erwarten lassen, wirken die sich im Zuge von Lieferengpässen in der Pandemie aufgebauten Auftragsbestände dem gewöhnlichen Investitionszyklus offenbar entgegen. Der Auftragsbestand der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland liegt weiterhin rund ein Drittel über seinem langjährigen Durchschnitt. Deren Auftragsreichweite beträgt Umfragen zufolge gut 10 Monate. Vor der Pandemie im Jahr 2019 betrug die Auftragsreichweite im Durchschnitt rund 8 Monate. Frühindikatoren deuten allerdings überwiegend auf eine negative Entwicklung im dritten Quartal hin. Die Produktion von Investitionsgütern und der Umsatz der Hersteller sind zuletzt zurückgegangen. Die auf Umfragen basierende Lageeinschätzung der Unternehmen ist abwärtsgerichtet. Die saisonbereinigten Fahrzeugzulassungen nahmen im Juli gegenüber dem zweiten Quartal leicht zu, liegen aber auch weit unterhalb des Vorkrisenniveaus.⁵ Insgesamt erwarten wir einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal um 1 Prozent. Im weiteren Prognosezeitraum dürften Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge wieder zulegen. So stiegen die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller im zweiten Quartal um 1,5 Prozent. Aufträge aus dem Inland legten um 3,6 Prozent zu. Allerdings liegen die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller rund 10 Prozent unter ihrem Hochpunkt Ende 2021. Stützend wirken dürfte vor allem der hohe Auftragsbestand. Die Ausrüstungsinvestitionen des Staates dürften sich nach einer Schwächephase spürbar beleben. Die sehr volatilen staatlichen Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich im Winter

⁵ Für gewöhnlich folgen die gewerblichen Fahrzeugzulassungen und die Zulassung aller Fahrzeuge einem ähnlichen Muster.

Abbildung 18:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

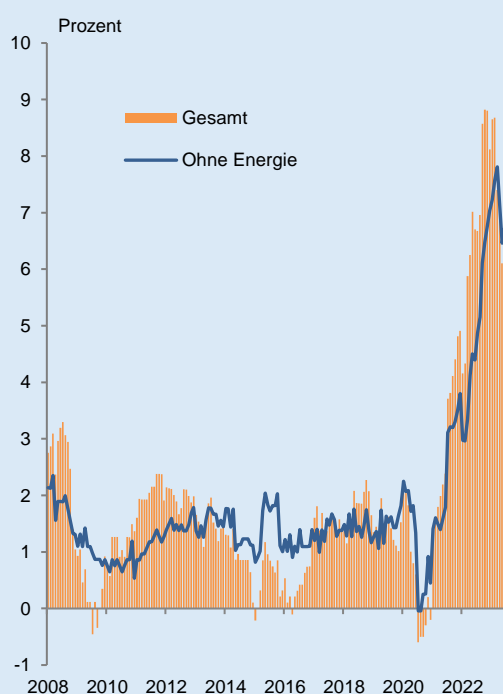
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

ausgesprochen schwach. Im zweiten Quartal gab es eine leichte Gegenbewegung, doch blieb das Niveau recht niedrig. Im Prognosezeitraum dürfte das Sondervermögen Bundeswehr jedoch kräftige Impulse liefern, so dass wir mit hohen Zuwächsen rechnen. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2023 einen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 2,9 Prozent. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 4,6 Prozent in 2024 und 4,3 Prozent in 2025 steigen.

Inflationswelle ebbt ab

Der Preisauftrieb lässt nach. Die Verbraucherpreise stiegen im vergangenen Jahr um 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die hohe Inflation war geprägt von rapide steigenden Energiepreisen und Produktionshemmnissen wie Lieferkettenproblemen und Materialengpässen, die im Zusammenspiel mit einer robusten Nachfrage der privaten Haushalte für breiten Preisdruck sorgten (Kooths 2022; Sonnenberg 2023; Gern,

Abbildung 19:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat. Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Janssen und Sonnenberg 2023). Im vierten Quartal 2022 lag die Inflationsrate bei 8,6 Prozent und schwächte sich im ersten Quartal des laufenden Jahres nicht wesentlich auf 8,2 Prozent ab (Abbildung 19). Seit dem zweiten Quartal zeichnet sich aber eine Wende ab, die Inflation ging auf 6,5 Prozent zurück. Dieser immer noch große Anstieg ist vor allem auf vorangegangene Preiserhöhungen zurückzuführen. Gegenüber dem Vorquartal legten die Verbraucherpreise im zweiten Quartal annualisiert nur noch um 3,3 Prozent zu. Die bisher vorliegenden monatlichen Daten sprechen dafür, dass die Verbraucherpreise im dritten Quartal annualisiert nur noch etwas mehr als 2,6 Prozent steigen werden.

Die Energiepreise steigen im Jahr 2023 nur noch moderat und werden im weiteren Prognosezeitraum fallen. Die Rohölpreise haben sich seit unserer Sommerprognose etwas stärker entwickelt als wir angenommen hatten. Im Verlauf des Julis sind sie auf ein Niveau von rund 85 \$/Barrel gestiegen und verblieben auch im August auf diesem Niveau. Wir gehen im Einklang mit den Terminmarktnotierungen weiterhin von

einem allmählichen Sinken des Rohölpreises aus, haben jedoch das Niveau im Vergleich zur Sommerprognose etwas nach oben angepasst. Auch unsere Annahmen für die Strom- und Gaspreise haben wir auf Basis der Terminmarktnotierungen (Quartalsfutures) leicht angehoben. Für das Jahr 2025 orientieren wir uns an den Jahresfuturespreisen für Strom und Gas. Die Preise liegen mit 125 Euro/MWh bzw. 47 Euro/MWh zwar deutlich unter den Rekordpreisen des Jahres 2022, sind aber im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie 3,5 bzw. 2,6 Mal höher. Abgeleitet aus diesen Annahmen ergibt sich für das Jahr 2023 ein Anstieg der Energiepreise im Verbraucherpreisindex um 6 Prozent. Während die Preise für Heizöl, Benzin und Diesel im Jahr 2023 unter denen des Jahres 2022 liegen werden, legen die Preise für Strom und Gas zu.⁶ Ohne die Berücksichtigung der Preisbremsen wären die im Verbraucherpreisindex ausgewiesenen Gas- und Strompreise sogar noch höher.⁷ Dabei liegen vor allem die Bestandsverträge noch teils deutlich über den bei den Preisbremsen avisierten Referenzwerten.⁸ Im August zeigte sich bei den Neuverträgen aber bereits, dass Verträge etwa auf dem Niveau der Preisbremsen abgeschlossen werden können.⁹ Im Jahr 2024 werden die Preise für Strom und Gas im Verbraucherpreisindex voraussichtlich unter das Niveau der Preisbremsen fallen. Insgesamt rechnen wir mit einem Rückgang der Energiepreise um insgesamt 6,4 Prozent für das Jahr 2024. Im Jahr 2025 dürften die Verbraucherpreise für Strom und Gas, ausweislich der Terminmarktnotierungen weiter nachlassen, so dass die Energiekomponente um weitere 4 Prozent sinkt.

⁶ Im Verbraucherpreisindex gilt für die Erdgaskomponente, dass die Entwicklungen des vergangenen Jahres, trotz aktuell geltender Preisbremse, noch mechanisch bis in dieses Jahr wirken. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Gaspreise für Mieter in den Jahresnebenkostenabrechnungen nur verzögert auf die vergangenen Entwicklungen reagieren. Im Verbraucherpreisindex wird dies durch eine Glättungskomponente abgebildet, die den Anstieg des vergangenen Jahres noch in dieses Jahr überträgt.

⁷ Nach unserer Fortschreibungsmethode (Sonnenberg 2022) fallen die Preise für Gas im Verbraucherpreisindex im vierten Quartal 2023 unter die Preisbremse von 12 Cent/kWh. Für das Jahr 2023 dürfte die Gaspreisbremse den Anstieg der

Die Preisrückgänge auf den vorgelagerten Produktionsstufen bei Vorleistungsgütern sprechen für einen abnehmenden Preisauftrieb auch außerhalb der Energiegüter. Die Importpreise sind bereits seit einem Jahr rückläufig. Im Juli lagen sie verglichen zum Vorjahr um 13,2 Prozent niedriger. Dies ist zum Teil auf den Rückgang der Energiepreise zurückzuführen, aber auch die Preise für Vorleistungsgüter liegen im Juli rund 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Preisrückgang zeigt sich noch nicht bei Investitions- und Konsumgütern, aber dort steigen die Preise seit Anfang des Jahres zumindest nicht weiter. Bei den Erzeugerpreisen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, sie sind seit Oktober 2022 rückläufig. Im Juli lagen sie 6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang ist auch hier stark auf die gesunkenen Energiepreise zurückzuführen. Seit März fallen aber auch verstärkt die Preise für Vorleistungsgüter. Die Preise für Konsumgüter scheinen seit April ein Plateau erreicht zu haben, während die Preise für Investitionsgüter weiter steigen. In den vergangenen zwei Jahren waren die Vorleistungsgüterpreise durch Lieferkettenprobleme stark gestiegen. Wir erwarten weiterhin, dass sich die fortschreitende Auflösung der Lieferkettenprobleme und Materialengpässe auch in weiter sinkenden Preisen zeigen wird. Dies dürfte für sich genommen zu weniger Preisdruck auf der Verbraucherpreisebene führen. Im August wurden ausweislich von Umfragen für die nächsten drei Monate bei Vorleistungsgütern weitere Preisenkungen erwartet. Der Anteil der Unternehmen im Investitionsgüter- und Konsumgütersektor, die die Preise in den nächsten 3 Monaten anheben wollen, ist im laufenden Jahr stark rückläufig, per Saldo wurden im August aber noch

Verbraucherpreise um 0,2 Prozentpunkte gesenkt haben. Die Strompreise bewegen sich erst unmittelbar nach dem Ablauf der Preisbremse auf dem Niveau von 40 Cent/kWh. Die Strompreisbremse dürfte den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2023 um rund 0,5 Prozentpunkte gesenkt haben.

⁸ Die Beschaffungsstrategie der Versorger ist langfristig orientiert, sodass sich die gesunkenen Börsenpreise erst verzögert auf die Verbraucherebene übertragen. Die Bestandsverträge bilden also auch noch die Entwicklungen des vergangenen Jahres ab.

⁹ Preisstatistik des Vergleichsportals Verivox: <https://www.verivox.de/gas/verbraucherpreisindex/>; <https://www.verivox.de/strom/verbraucherpreisindex/>.

Preisanhebungen erwartet. Für den Einzelhandel und die Dienstleistungsbranche deuten die Umfragen ebenfalls auf geringere Preisanhebungen hin, wenn auch weniger ausgeprägt.

Im Prognosezeitraum wird die Inflation weiter zurückgehen, die Kernrate dürfte sich aber vorerst weiter oberhalb des EZB-Zielwertes bewegen. Die Inflation lag im August bei 6,1 Prozent und damit noch auf einem ähnlichen Niveau wie im Mai. Die Kernrate (Verbraucherpreise ohne Energie) lag im August bei 5,9 Prozent. Die saisonbereinigten Daten zeigen, dass der monatliche Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln zuletzt deutlich abgenommen hat. Dementsprechend sind die Vorjahresraten stark rückläufig. Während sie im Mai noch bei 15 Prozent gelegen hatten, sind sie bis zum August auf 10 Prozent gesunken. Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen. Bei den Warenpreisen (ohne Energie und Nahrungsmittel) zeigt sich ein anderes Muster. Im August lag die Vorjahresrate mit 5,9 Prozent nur leicht unter dem Mai-Wert von 6,6 Prozent. Während die monatlichen Werte stark schwanken, zeigt sich für einen geglätteten Verlauf (3-monatiger gleitender Durchschnitt) weiter eine monatliche annualisierte Rate von 6 Prozent für den August, Juli und Juni. Bei den Dienstleistungen zeigt sich im Vergleich zu Nahrungsmitteln und Waren (ohne Energie und Nahrungsmittel) keine rückläufige Vorjahresrate. Im August lag die Vorjahresrate bei 5,1 Prozent, nach 4,5 Prozent im Mai. Mit Ausnahme des Maiwertes, der durch den Sondereffekt des 49€-Tickets beeinflusst

war, liegt der monatliche Preisauftrieb seit Jahresbeginn annualisiert weiterhin bei über 3 Prozent. Dienstleistungspreise ohne Mieten steigen sogar stärker mit monatlichen Raten von annualisiert über 5 Prozent. Der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen und Waren ist also weiterhin ausgeprägt. Während die gesunkenen Energiepreise und die Entwicklungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen für einen abnehmenden Preisauftrieb sprechen, dürfte bei den Dienstleistungen nachwirken, dass dort die Preise in den vergangenen zwei Jahren nicht mit der allgemeinen Teuerung schritthielten und nun zum Wiedererlangen relativer Preispositionen noch eine Zeit lang stärker steigen. Zudem gibt es einige Sonderfaktoren, die auf die Verbraucherpreise wirken. Im laufenden Jahr gibt es Effekte durch den Tankrabatt¹⁰ des Vorjahres und das sogenannte 49€-Ticket (Deutschland-Ticket)¹¹. Das 49€-Ticket dürfte aber vor allem im Jahr 2024 preissenkend wirken. Preistreibend dürfte 2024 das Auslaufen der MWSt-Senkung auf Gastronomiedienstleistungen¹², die Reform der LKW-Maut und die Erhöhung der CO₂-Preise¹³ wirken. Wir erwarten deshalb zwar einen geringeren Preisauftrieb, der aber über das Jahr 2023 und 2024 über dem 2-Prozent Ziel der EZB liegen dürfte. Die Vorjahresrate der Kernrate (Inflation ohne Energie) dürfte sich im vierten Quartal auf 4,1 Prozent abschwächen, im laufenden Jahr insgesamt wird die Kernrate wohl 6 Prozent betragen. Im Jahr 2024 dürfte sie noch bei 3 Prozent liegen und sich im Jahr 2025 auf

¹⁰ Die reduzierte Energiesteuer auf Kraftstoffe (Tankrabatt) hatte von Juni bis August 2022 die Tankstellenpreise gesenkt (Dovern et al 2023). Im September 2023 dürfte deswegen rein rechnerisch durch den Tankrabatt des Vorjahres ein senkender Effekt auf die Vorjahresrate der Kraftstoffpreise und die Verbraucherpreise insgesamt ausgehen.

¹¹ Das 49€-Ticket wird im August noch zum 9€-Ticket des Vorjahres verglichen und hebt rein rechnerisch die Vorjahresraten bei den Dienstleistungspreisen seit Juni um 1,4 Prozentpunkte an. Da das 9€-Ticket aber im August 2022 ausgelaufen ist, wird die Vorjahresrate im September sinken. Von September 2023 bis April 2024 werden die Vorjahresraten bei den Dienstleistungspreisen um rund 0,4 Prozentpunkte gedrückt. Der Effekt auf die Vorjahresrate des gesamten Verbraucherpreisindex dürfte bei rund 0,2 Prozentpunkten liegen. Für das Jahr 2023 geht vom 9€- und 49€-Ticket zusammen kein Impuls auf die Inflation aus. Im Jahr 2024 dürfte rein rechnerisch das 49€-Ticket den Anstieg des Verbraucherpreisindex und der

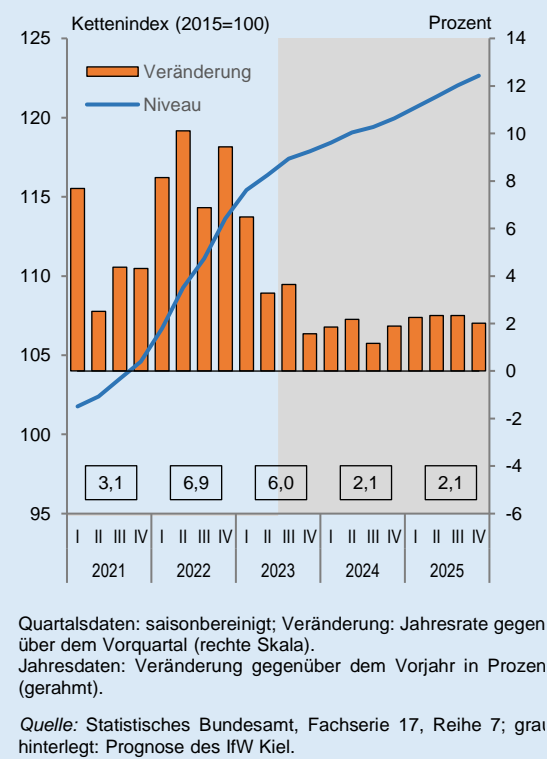
Dienstleistungspreise um 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte senken.

¹² Im Dezember 2023 läuft die MWSt-Senkung von 19 auf 7 Prozent im Gastronomiesektor aus. Gaststättenleistungen haben im Verbraucherpreisindex ein Gewicht von 3,7 Prozent. Sofern die MWSt-Senkung voll von den Dienstleistern an die Kunden weitergegeben würde, ergäbe sich im Jahr 2024 ein Anstieg der Verbraucherpreise um rund 0,4 Prozent.

¹³ Ab Dezember 2023 gilt ein CO₂-Preis für den Transportsektor. Auch der allgemeine CO₂-Preis wird 2024 um 10€/Tonne CO₂ auf dann 40€/Tonne CO₂ erhöht. 2025 wird er um weitere 10€/Tonne CO₂ steigen. Das erhöht die Preise für das Tanken und Heizen mit fossiler Energie. Berechnungen der Deutschen Bundesbank (2019) zufolge erhöht ein Anstieg der CO₂-Preise um 10€ den Preis für Benzin, Diesel und Heizöl um 2,37, 2,65 bzw. 2,66 Cent/Liter. Der Preis für Erdgas steigt um 0,2 Cent/kWh. Der Effekt auf die Inflationsrate dürfte insgesamt rein rechnerisch 2024 und 2025 bei jeweils rund 0,1 Prozentpunkten liegen.

2,6 Prozent abschwächen. Damit liegt sie weiterhin rund doppelt so hoch wie der langjährige Durchschnitt von vor der Pandemie. Die Inflation insgesamt liegt durch den negativen Beitrag der Energiekomponente niedriger, die auch die Schwankungen in den Vorquartalsraten verursacht (Abbildung 20). 2024 und 2025 dürfte sie bei 2,1 Prozent liegen, nach 6 Prozent im laufenden Jahr.

Abbildung 20:
Verbraucherpreise



Löhne und Gehälter reagieren auf die stark gestiegenen Preise

Die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter legen deutlich beschleunigt zu. Die Tarifabschlüsse, die seit Herbst des vergangenen Jahres erzielt wurden, sehen für das laufende und kommende Jahr im langjährigen Vergleich außerordentlich hohe Verdienstzuwächse vor. So vereinbarten die Tarifparteien in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst von Bund

und Kommunen, bei der Deutschen Post sowie bei der Deutschen Bahn sowohl hohe Einmalzahlungen (in Form der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie) als auch hohe dauerhafte Anhebungen der Tabellenentgelte. Für die laufenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel und Groß- und Außenhandel sowie für die anstehenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder im Herbst erwarten wir ähnlich hohe Abschlüsse und eine ähnliche Zusammensetzung hinsichtlich Einmalzahlungen und dauerhaften Tarifierhebungen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Zuwachs der Tarifverdienste (gemäß Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) um 5,4 Prozent im laufenden Jahr und 5,1 Prozent im kommenden Jahr, nach 2,6 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 8). Einen großen Einfluss hat dabei, ob im öffentlichen Dienst der Länder Ende des laufenden Jahres noch eine Einmalzahlung erfolgt – wie wir annehmen – oder ausschließlich im kommenden Jahr (die Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämie gilt noch bis Ende 2024). Im letzteren Fall wäre ceteris paribus der Anstieg der Tarifverdienste nicht im laufenden Jahr höher als im kommenden Jahr, sondern umgekehrt. Unabhängig von der Aufteilung auf die beiden Jahre würde es sich um die höchsten Zuwächse seit dem Jahr 1993 handeln. Im Jahr 2025 wird der Tariflohanstieg voraussichtlich niedriger ausfallen. Aufgrund der im Prognosezeitraum nachlassenden Inflation dürften die Tarifierhöhungen sinken und nach Auslaufen der Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämie dürften auch etwaige Einmalzahlungen wieder merklich niedriger ausfallen.¹⁴

Die Effektivverdienste steigen im Prognosezeitraum ebenfalls kräftig. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer haben in den vergangenen drei Quartalen – gemessen an der Veränderung zum Vorjahresquartal – merklich stärker zugelegt als die Tarifverdienste. Ein Grund ist die starke Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro im Oktober des vergangenen Jahres. So waren zwischen Januar und Juni des laufenden Jahres die Zuwächse der Bruttomonatsverdienste für geringfügig Beschäftigte bzw. für Beschäftigte im

¹⁴ Durch Basiseffekte würden die Tarifverdienstzuwächse selbst dann sinken, wenn die hohen Einmalzahlungen in gleicher Höhe erneut gezahlt würden.

**Tabelle 8:
Löhne und Produktivität**

	2022	2023	2024	2025
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,7	5,4	5,1	3,2
Effektivlöhne	4,4	5,6	4,8	3,6
Lohnrift	1,7	0,3	-0,3	0,4
Lohnkosten	4,1	5,2	4,8	3,7
Arbeitsproduktivität	0,5	-1,4	0,7	1,5
Lohnstückkosten	3,6	6,7	4,1	2,2
Lohnstückkosten (real)	-1,6	-1,1	2,1	0,8
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,6	5,4	5,1	3,2
Effektivlöhne	4,1	6,1	5,6	3,8
Lohnrift	1,5	0,7	0,5	0,6
Lohnkosten	3,9	5,7	5,5	3,9
Arbeitsproduktivität	0,4	-1,2	1,3	1,7
Lohnstückkosten	3,4	7,0	4,1	2,2
Lohnstückkosten (real)	-1,7	-0,8	2,1	0,8

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohnrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

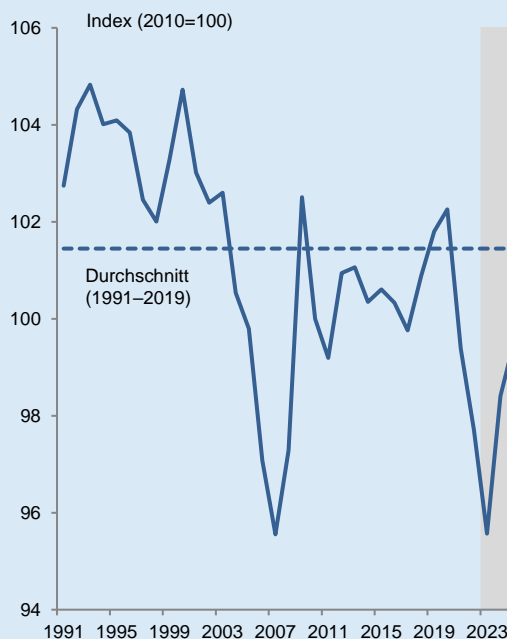
unteren Fünftel der Lohnverteilung deutlich höher als für die übrigen Beschäftigten.¹⁵ Aber auch die Verdienste in den höheren Verdienstgrößerklassen legten kräftiger zu als die Tarifverdienste, was ein Indiz dafür ist, dass es in nicht-tarifgebundenen Bereichen früher zu Gehaltserhöhungen bzw. Inflationsausgleichsprämien kam. Für das laufende und kommende Jahr rechnen wir mit Effektivverdienstzuwächsen von 6,1 Prozent bzw. 5,6 Prozent. Im Jahr 2025 dürfte die Rate angesichts der nachlassenden Inflation niedriger ausfallen. Die im Zuge der demografischen Alterung sich verschärfende Arbeitskräfteknappheit dürfte aber dafür sorgen, dass die Lohnzuwächse im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich hoch bleiben. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter dürfte dementsprechend im Prognosezeitraum wieder zulegen

Trotz der hohen Lohnzuwächse sind die Lohnkosten im Verhältnis zu Preisen und Produktivität derzeit außerordentlich niedrig.

Aufgrund der zeitverzögerten Reaktion der Löhne auf die gestiegene Inflation ist das Verhältnis zwischen Lohnkosten auf der einen Seite und Preisen und Arbeitsproduktivität auf der

anderen Seite in den vergangenen beiden Jahren auf ein außerordentlich niedriges Niveau gefallen, und für das laufende Jahr zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab (Abbildung 21). Das Verhältnis zwischen dem, was der Faktor Arbeit kostet, und dem, was er erwirtschaftet, ist demnach im langjährigen Vergleich außergewöhnlich günstig. Dies verleiht der Arbeitsnachfrage vonseiten der Unternehmen kräftige positive Impulse. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, warum sich die Erwerbstätigkeit trotz des gesamtwirtschaftlich schwierigen Umfelds bislang vergleichsweise robust entwickelte. Für die kommenden beiden Jahre erwarten wir zwar, dass die realen Lohnstückkosten wieder zunehmen und sich ihrem langjährigen Durchschnitt nähern. Über den gesamten Prognosezeitraum dürfte die Arbeitsnachfrage jedoch von dieser Seite gestützt werden.

**Abbildung 21:
Reale Lohnstückkosten**



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

¹⁵ Im Zuge der Umstellung auf die neu konzipierte Verdiensterhebung veröffentlicht das Statistische

Bundesamt nun Monatsdaten zur Lohnentwicklung nach Beschäftigungsart und nach Verdienstgrößerklassen.

Beschäftigung zunehmend unter dem Einfluss der Alterung

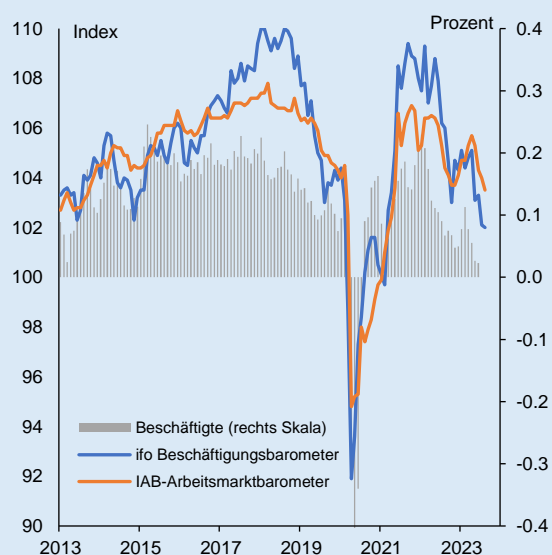
Der Beschäftigungsaufbau hat sich seit Beginn dieses Jahres spürbar verlangsamt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg seit Beginn dieses Jahres von Monat zu Monat langsamer auf zuletzt 45,94 Mill. Personen. Zum einen machte sich am Arbeitsmarkt die wirtschaftliche Schwächephase bemerkbar. Die Einstellungsbereitschaft ist Umfragen zufolge merklich gesunken, und die registrierte Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum gestiegen (die ukrainischen Flüchtlinge hatten hierauf keinen Einfluss). Zum anderen nähert sich das Erwerbspersonenpotenzial alterungsbedingt seinem Zenit. Ein Hinweis darauf bietet die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die derzeit 85 Prozent der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausmacht. Dort hat sich der Beschäftigungsaufbau bereits im Verlauf des vergangenen Jahres rapide verlangsamt, und seit Beginn dieses Jahres sind die Vergleiche zum jeweiligen Vorjahresmonat ins Negative gedreht. Im Mai (jüngster Wert) lag die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit um 90 000 Personen niedriger als im Mai 2022, die gesamte Beschäftigung lag hingegen noch um 250 000 Personen höher. Dies bedeutet auch, dass mittlerweile der gesamte Beschäftigungsaufbau von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit getragen wird; vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 60 Prozent und im Jahr 2011 bei 20 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit nahm im Verlauf dieses Jahres aufgrund der schwachen Konjunktur etwas zu. Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen registrierten Arbeitslosen stieg seit Beginn dieses Jahres um 114 000 Personen auf 2,63 Mill. Personen im August (Quote: 5,7 Prozent). Der Anstieg ist – anders als im vergangenen Jahr – nicht auf Sondereffekte durch die ukrainischen Flüchtlinge zurückzuführen, sondern dürfte in erster Linie der schwachen wirtschaftlichen Aktivität geschuldet sein. So sind die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus ungeförderter Beschäftigung gestiegen und die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in ungeförderter Beschäftigung gesunken. Die Kurzarbeit stagnierte im bisherigen Verlauf dieses Jahres. Die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit lag im Juni nach

vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei 163 000 Personen bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 28 Prozent. Die Anzeigen zur Kurzarbeit bewegten sich bis Ende August weiter auf niedrigem Niveau und deuten auf keine großen Veränderungen bei der Inanspruchnahme von Kurzarbeit hin.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im Prognosezeitraum alterungsbedingt ihren Zenit überschreiten. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat sich laut ifo Beschäftigungsbarometer in den vergangenen Monaten merklich verringert (Abbildung 22). Im Aggregat halten sich nun positive und negative Antworten die Waage, was für sich genommen auf eine stagnierende Beschäftigung in den kommenden Monaten hindeutet. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer ist zwar ebenfalls gesunken, deutet aber weiterhin auf einen Beschäftigungsanstieg hin. Wir erwarten, dass die Erwerbstätigkeit im Prognosezeitraum ihren Zenit überschreiten wird (Abbildung 23). Zwar bleiben die Auswirkungen der Energiekrise auf den Arbeitsmarkt überschaubar, was zum einen der hohen Arbeitskräfte-

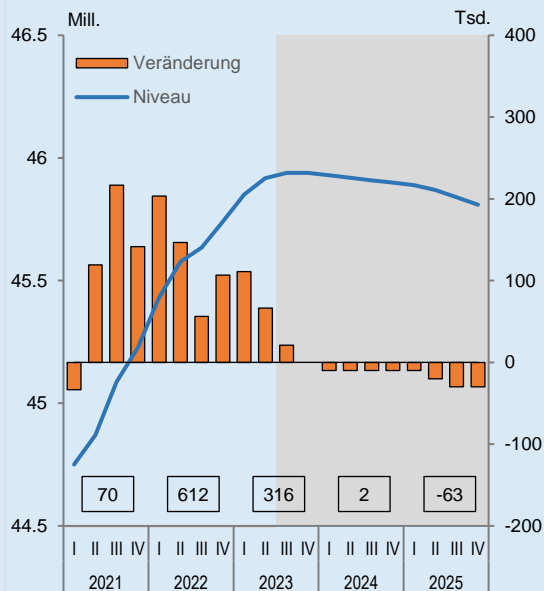
Abbildung 22: Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des ifw Kiel.

Abbildung 23:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

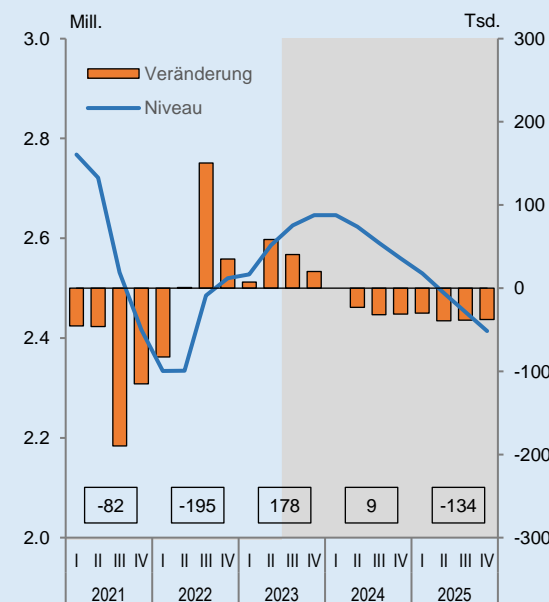
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

knappheit und zum anderen dem günstigen Verhältnis von Lohnkosten zu Preisen und Arbeitsproduktivität geschuldet ist. Allerdings wird das Erwerbspersonenpotenzial alterungsbedingt und trotz voraussichtlich überdurchschnittlich hoher Zuwanderung in nicht allzu ferner Zukunft zu schrumpfen beginnen.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen dürfte aufgrund der Normalisierung des Krankenstands vorerst weiter zunehmen. Der Krankenstand war im vergangenen Jahr sprunghaft auf ein außergewöhnlich hohes Niveau gestiegen. Im ersten und im zweiten Quartal des laufenden Jahres dürfte er in saisonbereinigter Betrachtung wieder etwas gesunken sein, was im Einklang mit dem saison- und kalenderbereinigten Anstieg der Arbeitszeit je Erwerbstätigen trotz Stagnation der Wirtschaft steht. Wir behalten unsere Annahme bei, wonach sich der Krankenstand bis zum kommenden Jahr normalisieren wird. Die dadurch angelegte Erholung der Arbeitszeit wirkt dem Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen, so dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen vorerst noch zulegen dürfte.

Die Arbeitslosigkeit dürfte aufgrund der wirtschaftlichen Schwächephase zunächst noch etwas zunehmen, bevor sie sich in den kommenden beiden Jahren wieder zurückbildet. Die vorliegenden Monatswerte für Juli und August legen einen erneuten Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit im dritten Quartal nahe, wenngleich dieser geringer ausfallen dürfte als im zweiten Quartal. Die lokalen Arbeitsagenturen erwarten laut IAB-Arbeitsmarktbarometer auch für die kommenden Monate Zuwächse. Mit der sich im kommenden Jahr belebenden wirtschaftlichen Aktivität und angesichts der weiterhin hohen Arbeitskräfteknappheit dürfte sich die Arbeitslosigkeit dann wieder abbauen (Abbildung 24). Die allmähliche Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt trägt hierzu ebenfalls bei. Alles in allem erwarten wir eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr. Im Jahr 2025 dürfte sie auf 5,3 Prozent sinken (Tabelle 9).

Abbildung 24:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 9:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2021	2022	2023	2024	2025
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	60.623	61.410	61.978	62.393	62.393
Erwerbstätige (Inland)	44.984	45.596	45.912	45.914	45.852
Selbständige	3.958	3.910	3.900	3.899	3.894
Arbeitnehmer (Inland)	41.027	41.687	42.012	42.015	41.958
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.897	34.507	34.774	34.847	34.910
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.101	4.125	4.185	4.109	3.989
Pendlersaldo	116	140	143	141	141
Erwerbstätige (Inländer)	44.869	45.457	45.769	45.773	45.711
Arbeitnehmer (Inländer)	40.911	41.547	41.869	41.874	41.816
Registrierte Arbeitslose	2.613	2.418	2.596	2.604	2.471
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,6	5,6	5,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,3	2,9	2,8	2,8	2,8

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Anhaltend hohe Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten

Mit dem Abflauen der Energiekrise verbessert sich zwar die Haushaltslage, Konjunkturschwäche und zusätzliche Ausgaben aus den Sondervermögen lasten aber auf dem Aufwärtstrend. Die Energiekrise im Jahr 2022 hat die öffentlichen Haushalte merklich belastet. So wurde eine Vielzahl von ad hoc Maßnahmen ergriffen, um die privaten Haushalte und Unternehmen in dieser Lage zu unterstützen. Das Jahr 2023 ist noch von einigen dieser Maßnahmen, insbesondere den „Preisbremsen“ für Strom und Gas geprägt. In den weiteren Jahren des Prognosezeitraums entfallen zwar die krisenbedingten Maßnahmen, doch wird die Haushaltslage durch die geringe wirtschaftliche Dynamik und die zusätzlichen Ausgaben insbesondere der Sondervermögen belastet. Die Primärausgaben des Staates relativ zur Wirtschaftsleistung verharren auf einem deutlich höheren Niveau als vor dem Krisen-Marathon seit dem Jahr 2020.

Im laufenden Jahr werden die Steuereinnahmen des Staates deutlich langsamer steigen als im Vorjahr. Insbesondere die Lohnsteuer entwickelt sich relativ zum starken Anstieg der Löhne schwach. Dies hängt zum einen mit der Verschiebung der Tarifeckwerte (Inflationsausgleichsgesetz) zu Beginn des Jahres zusammen, aber auch mit der Abgabefreiheit von Sonderzahlungen (Inflationsausgleichsprämie), die

angesichts des progressiven Steuertarifs wohl mit einem überdurchschnittlichen Steuersatz belegt worden wären. Schließlich sinkt die Lohnspreizung im laufenden Jahr wegen der Anhebung des Mindestlohns und diversen Tarifklauseln, die absolute Lohnerhöhungen für alle Beschäftigten vorsehen, merklich. Ebenfalls vergleichsweise schwach ist die Dynamik der Umsatzsteuer, was mit Steuerrechtsänderungen wie auch mit Verschiebungen in der Verwendungsstruktur – hier ist z.B. die Schwäche im Wohnungsbau zu nennen – zusammenhängen dürfte, wobei zu berücksichtigen ist, dass Bauinvestitionen mit Blick auf die Umsatzsteuer besonders ergiebig sind. Die Schwäche am Bau und auf dem Immobilienmarkt zeigt sich auch bei der Grunderwerbsteuer, die mit zweistelligen Raten sinkt. Deutlich an Tempo verlieren die gewinnabhängigen Steuern, die veranlagte Einkommensteuer ist im ersten Halbjahr sogar deutlich gesunken, was nur teilweise auf die Verschiebung der Tarifeckwerte zurückgeführt werden kann. Insgesamt werden die Steuereinnahmen wohl mit nur 0,9 Prozent zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote sinkt von ihrem Rekordwert 2022 von 24,4 Prozent auf 23 Prozent (Tabelle 10).

Die Beitragseinnahmen und übrigen Einnahmen des Staates expandieren 2023 deutlich. Die Abgabefreiheit der Inflationsausgleichsprämien belastet zwar auch die Beitragseinnahmen, doch wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz in

Tabelle 10:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2021	2022	2023	2024	2025
Einnahmen	1.712,9	1.821,2	1.888,7	1.992,6	2.086,8
→ relativ zum BIP	47,3	47,0	45,4	46,3	47,2
Steuern	879,2	946,6	955,1	998,1	1.044,7
→ relativ zum BIP	24,3	24,4	23,0	23,2	23,6
Sozialbeiträge	632,1	666,8	706,4	749,9	786,7
→ relativ zum BIP	17,5	17,2	17,0	17,4	17,8
Sonstige Einnahmen	201,6	207,8	227,2	244,6	255,4
→ relativ zum BIP	5,6	5,4	5,5	5,7	5,8
Ausgaben	1.842,6	1.918,1	1.997,7	2.085,2	2.172,3
→ relativ zum BIP	50,9	49,5	48,0	48,5	49,1
Arbeitnehmerentgelt	295,4	307,9	331,3	345,6	355,9
Vorleistungen	226,6	238,4	250,4	267,5	275,0
Soziale Sachleistungen	331,3	354,9	362,4	378,9	394,8
Bruttoinvestitionen	92,5	100,9	107,6	120,4	127,8
Geleistete Vermögenseinkommen	21,1	26,5	35,3	42,1	48,1
Monetäre Sozialleistungen	609,8	619,1	659,2	697,8	734,3
Subventionen	109,2	70,0	73,7	46,4	44,7
Sonstige laufende Übertragungen	91,9	111,4	96,1	96,4	97,3
Vermögensübertragungen	65,7	89,7	82,3	90,9	95,3
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	-1,1
Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-108,9	-92,6	-85,5
→ relativ zum BIP	-3,6	-2,5	-2,6	-2,2	-1,9
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1119,3	1198,3	1220,5	1279,0	1337,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.112,6	1.187,5	1.216,2	1.277,8	1.336,3
Transfers der Sozialversicherung	6,6	10,8	4,3	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.251,6	1.303,5	1.335,9	1.372,2	1.420,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	1.093,9	1.125,2	1.183,1	1.229,3	1.275,0
Transfers an die Sozialversicherung	157,7	178,3	152,8	142,9	145,7
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-132,4	-105,2	-115,4	-93,2	-83,2
Einnahmen der Sozialversicherung	781,8	812,0	825,3	857,7	896,2
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	624,1	633,7	672,5	714,9	750,5
Ausgaben der Sozialversicherung	779,2	803,7	818,9	857,1	898,5
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	772,6	793,0	814,6	855,9	897,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	2,6	8,3	6,4	0,6	-2,3

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

der Arbeitslosenversicherung erhöht. Gleiches gilt für die Zusatzbeiträge mehrerer Krankenkassen, und zur Jahresmitte wurden die Beitragssätze der Pflegeversicherung ebenfalls angehoben, so dass die Beitragseinnahmen deutlich zulegen. Die übrigen Einnahmen des Staates sind von einem deutlichen Plus der Verkäufe dominiert. Dies geht unter anderem auf einen statistischen Sondereffekt zurück. Zum 1. Mai wurde der ÖPNV angesichts der Regelungen zum Deutschland-Ticket in den Sektor Staat umgesetzt. Die Erlöse aus Ticketverkäufen im Regionalverkehr gelten nun als Verkäufe des Staates. Alles in allem dürften die Einnahmen des Staates

insgesamt um 3,7 Prozent und damit deutlich schwächer als im Vorjahr zulegen.

Die Ausgaben legen in einem ähnlichen Tempo zu wie die Einnahmen. Deutlich steigen die Arbeitnehmerentgelte angesichts der Tarifabschlüsse, wobei wir damit rechnen, dass der noch ausstehende Abschluss bei den Ländern ähnlich ausfallen dürfte wie der von Bund und Kommunen und noch in diesem Jahr die Inflationsausgleichsprämie gezahlt wird. Ein kräftiges Plus gibt es zudem bei den monetären Sozialleistungen, die vordringlich von steigenden Rentenleistungen getrieben werden. Angesichts

höherer Regelsätze in der Grundsicherung, der Wohngeldreform und Zahlungen an Härtefälle im Zusammenhang mit der Energiekrise steigen die monetären Sozialleistungen der Gebietskörperschaften sogar stärker, haben aber ein geringeres Gewicht. Merklich im Plus sind auch die Vorleistungskäufe, worin sich allerdings der Übergang des ÖPNV in den Sektor Staat niederschlägt. Dies wird auch die Expansionsrate 2024 deutlich beeinflussen. Ansonsten wäre wohl eine ähnliche schwache Dynamik zu erwarten gewesen wie bei den sozialen Sachleistungen, da diverse Corona-Maßnahmen nun entfallen sind. Erhebliche Verwerfungen bei nur geringer Veränderung in der Summe weisen die Subventionen auf. Zum einem entfallen pandemiebedingte Subventionen aus der Corona-Zeit und ebenso die Subventionen für den ÖPNV, da dieser nun zum Sektor Staat zählt, zum anderen sorgen die „Preisbremsen“ insbesondere im ersten Halbjahr für merkliche Mehrausgaben. Zudem verorten wir hier einige der Ausgaben zur Unterstützung der Ansiedlung von Chipherstellern. Deutlich rückläufig sind die sonstigen laufenden Übertragungen, da hier im Jahr 2022 Einmalzahlungen für Erwerbstätige und Rentner angefallen sind (Energiepreispauschale). Die im laufenden Jahr anstehenden Energiepreishilfen für Studierende sind von deutlich geringerem Umfang. Ebenfalls rückläufig sind trotz einer robusten Grundtendenz infolge der Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Klima- und Wirtschaftspolitik die Vermögensübertragungen. Im Vorjahr waren sie durch die Unterstützung von Energieversorgern merklich überzeichnet. Einen massiven Anstieg hingegen weisen die Zinsausgaben auf, da sich das erhöhte Zinsniveau nach und nach in den Bestand der ausstehenden Schuldtitel reinfrisst. Die Investitionsausgaben verlieren vorübergehend etwas an Fahrt, expandieren aber immer noch schneller als die Ausgaben des Staates insgesamt. Alles in allem dürften die Ausgaben des Staates um 4,2 Prozent zulegen und etwa 48 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Das Defizit des Gesamtstaates dürfte sich damit auf 109 Mrd. Euro bzw. 2,6 Prozent in Relation des Bruttoinlandsprodukts belaufen und damit nur wenig anders ausfallen als im Vorjahr.

Die Einnahmen des Staates werden im Jahr 2024 wieder stärker zulegen. Zwar werden zu

Jahresbeginn erneut die Tarifeckwerte der Einkommensteuer verschoben und es dürfte weiterhin Inflationsausgleichprämien geben, doch wird ihr Aufkommen wohl höchstens stagnieren und zugleich rechnen wir mit keinem weiteren merklichen Rückgang der Lohnspreizung, so dass der Lohnanstieg stärker auf die Steuereinnahmen wirken kann. Die Umsatzsteuer wird durch den Wegfall von Vergünstigungen in der Gastronomie und für Erdgas profitieren. Zudem wird die CO₂-Abgabe erhöht. Insgesamt dürften die Steuereinnahmen um rund 4 ½ Prozent zulegen. Die Sozialbeiträge halten in etwa das Tempo des Vorjahres und profitieren von der vergleichsweise hohen Lohndynamik. Die sonstigen Einnahmen dürften im Vergleich zum Vorjahr nochmal deutlich zulegen, da nun der ÖPNV das erste Mal das gesamte Jahr dem Sektor Staat zugerechnet wird und dessen Einnahmen der Frühjahrsmonate dazukommen. Auch die Lkw-Maut-Tarife werden merklich erhöht. Insgesamt dürfte der Anstieg der Einnahmen mit 5 ½ Prozent kräftiger ausfallen als im Vorjahr. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt dürften sowohl die Steuereinnahmen als auch die Einnahmen insgesamt merklich steigen.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2024 weiter merklich expandieren, aber in geringerem Tempo als die Einnahmen. Durch das Auslaufen der Preisbremsen werden die Ausgaben für Subventionen deutlich sinken auch wenn die öffentlichen Haushalte wieder Mittel im Zusammenhang mit dem EEG zur Verfügung stellen werden müssen. Merklich langsamer werden zudem die Arbeitnehmerentgelte steigen, da die Einmalzahlungen des Vorjahres entfallen. Die Vorleistungen hingegen dürften abermals kräftig zulegen. Ebenso ist ein deutliches Plus bei den monetären Sozialleistungen angelegt. Zum einen werden die Regelsätze in der Grundsicherung deutlich erhöht und zum anderen wird sich die Lohndynamik des Vorjahres in den Renten niederschlagen. Entsprechend der Rentenanpassungsformel wird die Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämien erst im Jahr 2025 die Rentenanpassung dämpfen. Die sozialen Sachleistungen werden nach der Pause im laufenden Jahr entsprechend des langfristigen Trends wieder spürbar zulegen. Kräftige Anstiege dürften angesichts der Ausgabenplanungen der Sondervermögen Vermögensübertragungen und

Bruttoinvestitionen verzeichnen. Sehr stark zulegen werden abermals die Zinsausgaben. Alles in allem dürften die Staatsausgaben mit 4,4 Prozent steigen und auch relativ zur Wirtschaftsleistung zulegen. Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates dürfte sich auf 93 Mrd. Euro (2,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) belaufen.

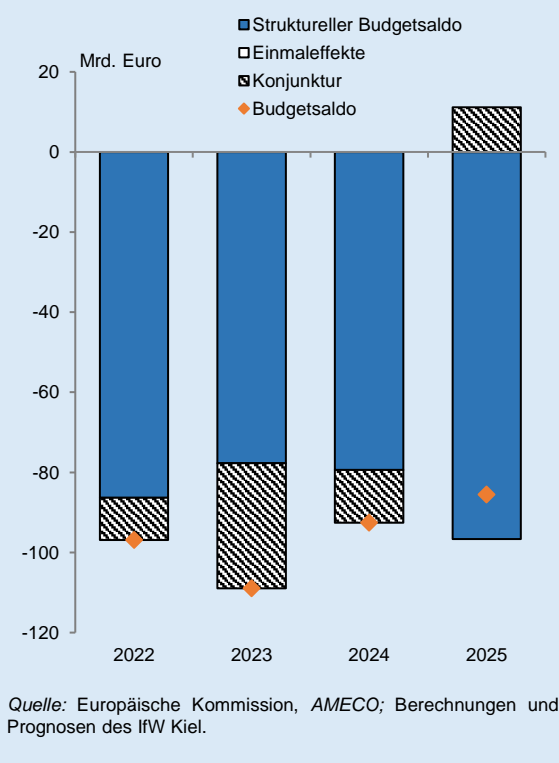
Das Finanzierungsdefizit wird im Jahr 2025 erneut moderat sinken. Die Einnahmen des Staates werden mit einem ähnlichen Tempo wie im Vorjahr zulegen. Mindereinnahmen durch das Wachstumschancengesetz spielen eine untergeordnete Rolle. Der Anstieg der Ausgaben dürfte angesichts der allgemein nachlassenden Preisdynamik im Vergleich zum Vorjahr nachlassen. Rechnet man die Subventionen heraus, die im Jahr 2024 noch von den „Preisbremsen“ beeinflusst waren, schwächt sich die Dynamik sogar merklich ab. Ein deutlicher Rückgang des Defizits ist allerdings nicht angelegt, da die wirtschaftliche Erholung moderat bleibt. Der Budgetsaldo dürfte sich leicht auf -86 Mrd. Euro verbessern (-1,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), wobei sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich zulegen. Der Bruttoschuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt verändert sich über den gesamten Prognosezeitraum nur unwesentlich und dürfte im Jahr 2025 etwa 64 ½ Prozent betragen nach gut 66 Prozent im Jahr 2022.

Der strukturelle Budgetsaldo verbessert sich im laufenden Jahr trotz der weiterhin expansiv ausgerichteten Finanzpolitik leicht. Die konjunkturelle Eintrübung wirkt nicht auf das nominale Bruttoinlandsprodukt und nur abgeschwächt auf den Arbeitsmarkt durch, was sich günstig auf die Haushaltslage auswirkt. Im Jahr 2024 wirken Preiseffekte des Vorjahres bei den Ausgaben des Staates nach, so dass der strukturelle Saldo trotz des Wegfalls vieler expansiver Maßnahmen unverändert bleibt. Im Jahr 2025 verschlechtert sich der strukturelle Saldo sogar (Abbildung 25.)

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die Baukonjunktur hängt davon ab, wie durchgreifend sich Bau- und Bestandspreise korrigieren und so die Schockstarre am

Abbildung 25: Struktureller Budgetsaldo



Immobilienmarkt überwunden wird. Infolge der langen Nutzungsdauer reagieren Immobilienpreise besonders stark auf das gesamtwirtschaftliche Zinsniveau. Während im Zuge der langen Niedrigzinsphase die Immobilienpreise deutlich angezogen hatten, passt das erreichte Preisniveau nach der nun vollzogenen geldpolitischen Wende nicht mehr zum Zinsniveau. Unter den deutlich verschärften Finanzierungskonditionen sind daher Immobilien im Durchschnitt überbewertet (Deutsche Bundesbank 2022), und es bedarf einer Preiskorrektur, um insbesondere den Markt für Wohnimmobilien wieder in Gang zu setzen. Dies gilt für Transaktionen im Bestand wie auch für den Neubau. Denn der Anstieg der Immobilienpreise hat seit Jahren auf die Baupreise ausgestrahlt, die seit zwei Jahren nochmals besonders kräftig anzogen. Dies war nicht nur höheren Materialkosten geschuldet, sondern auch einer drastisch verteuerten Wertschöpfung bei Bauleistungen. So zog der Deflator der Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft seit Mitte 2021 um 42 Prozent an (gegenüber einem Anstieg um 14 Prozent in der Gesamtwirtschaft). Dies deutet auf eine sehr kräftige Nachfrage hin, die auf begrenzte Kapazitäten traf. Hierzu dürfte

beigetragen haben, dass ein Teil der während der Pandemie gebildeten Extra-Ersparnisse der privaten Haushalte zusätzlich in den Wohnungsbau geflossen ist und dort preistreibend gewirkt hat. Insgesamt erscheint daher eine deutliche Preiskorrektur erforderlich, um die Bautätigkeit insbesondere für Wohnimmobilien wieder zu beleben. Wie stark diese ausfallen muss und wie schnell sie erfolgen wird, lässt sich kaum abschätzen, zumal die Konstellation – lange Niedrigzinsphase mit zuletzt zusätzlichem Nachfrageschub – keine Vorbilder hat. Zudem ist der Bedarf an Wohnraum ungebrochen, und es gibt – anders als in Krisen nach einem typischen Immobilienpreisboom – keine Anzeichen dafür, dass hierzulande in großem Stil am Bedarf vorbei gebaut worden ist oder die Kapazitäten in der Bauwirtschaft übermäßig stark ausgeweitet wurden. Dies ist für sich genommen ein stabilisierender Faktor, gleichwohl ist der Baubereich prognostisch mit großer Unsicherheit behaftet. Infolge der Unsicherheit über das marktgerechte Ausmaß von Preiskorrekturen neigen insbesondere Käufer und Verkäufer im Bestandsmarkt zu Apatentismus. Hier könnte der Staat durch eine deutliche Reduktion der Grunderwerbsteuer transaktionsunterstützend wirken (Boysen-Hogrefe et al. 2023c, S. 35; Boysen-Hogrefe 2023b), wodurch auch das Ausbaugewerbe gestützt würde. Größer angelegte Bauförderprogramme bergen indes das Risiko, dass sie die Preiskorrekturen verzögern und so letztlich erhöhte Gewinnmargen konservieren.

Die scharfe Zinswende birgt Risiken für die Finanzstabilität, allerdings war der Finanzzyklus hierzulande nicht voll ausgeprägt. Die Aufwärtstendenz der Immobilienpreise in Deutschland kam laut Daten des Statistischen Bundesamtes im zweiten Quartal 2022 zum Erliegen. Im ersten Quartal 2023 lagen die Preise im Vorjahresvergleich um rund 7 Prozent niedriger. Im Vorquartalsvergleich sind sie ebenfalls um rund 3 Prozent zurückgegangen. Ausweislich des Immobilienpreisindex [GREIX](#), der schon für das zweite Quartal vorliegt, sind die Preise zuletzt jedoch nicht weiter gesunken. Dies zeigen auch höherfrequente Daten des Portals [Euro-pace](#). Zwar lag im Juli ein Rückgang zum Vorjahr um 6 Prozent vor, aber im Vergleich zum Vorquartal war er nur noch gering. Es bleibt unklar,

wie sich die Preise weiterentwickeln werden und ob dies schon das ganze Ausmaß der Korrektur ist. Insgesamt belief sich der Anstieg im Juli 2023 laut Daten von Europace in den vergangenen 10 Jahren auf rund 90 Prozent (im selben Zeitraum haben die Verbraucherpreise um 25 Prozent zugelegt). Der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte lag laut Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Deutschland im ersten Quartal 2023 nur bei 56 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt liegt das Mittel bei rund 73 Prozent. Unmittelbar vor der Finanzkrise 2008 lag die Verschuldung der privaten Haushalte in den Vereinigten Staaten und in Spanien z.B. bei rund 100 bzw. 85 Prozent. Risiken für die Finanzstabilität offenbarten sich typischerweise, wenn der Finanzzyklus dreht.¹⁶ Zusammen betrachtet ist eine starke Expansion der Immobilienpreise zu erkennen, aber die Verschuldungssituation für deutsche Haushalte erscheint moderat. Typischerweise würden in einem Finanzzyklus beide Größen stark expandieren. Durch den steilen Zinsanstieg in Folge der geldpolitischen Straffung könnten die Bankbilanzen vor allem durch Bewertungskorrekturen, Kreditausfälle und Zinsrisiken belastet werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die geldpolitische Wende zunehmend in einen Konflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Finanzstabilität gerät. Der Verschuldungsgrad der Unternehmen liegt in Deutschland mit 73 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aber ebenfalls deutlich niedriger als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt mit rund 93 Prozent.

Konjunkturprogramme sind stabilisierungspolitisch derzeit nicht angezeigt. Die zunächst fortbestehende konjunkturelle Schwächephase ist – neben der Sondersituation im Baubereich – nachfrageseitig im Wesentlichen der schwachen Auslandsnachfrage geschuldet, die als Investitionsschwäche hierzulande die Investitionsgüterhersteller betrifft. Dies ist indes ein typisches Muster, das temporärer Natur ist und mit dem die jeweiligen Unternehmen als Akteure in einer zyklischen Branche umzugehen verstehen sollten. Staatliche Programme können zudem wenig ausrichten, um diese Lücke zu füllen. Seitens der konsumnahen Binnennachfrage zeichnet sich mit den deutlich anziehenden

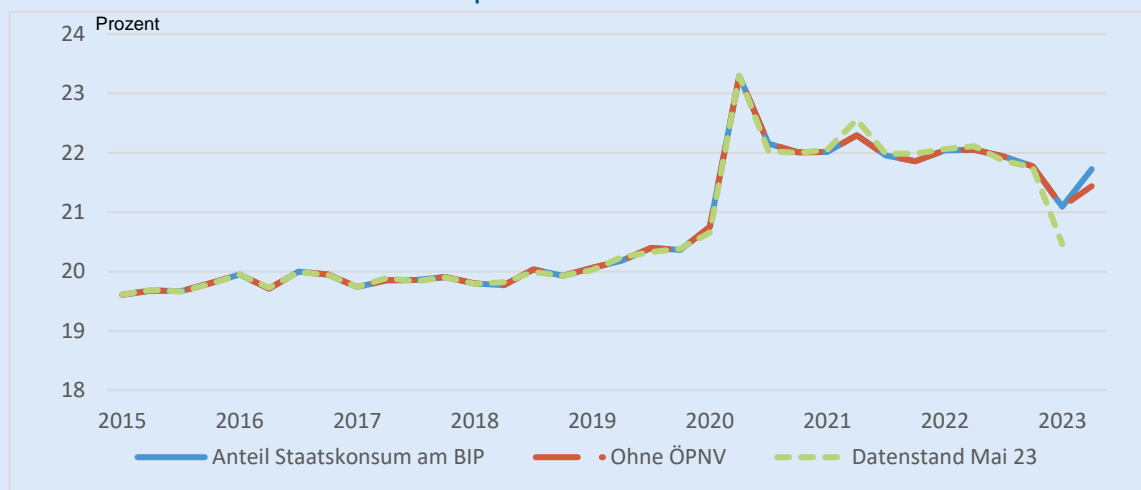
¹⁶ Borio (2014), Drehmann et al. (2012).

Masseneinkommen bereits der Erholungsprozess ab, der um den kommenden Jahreswechsel herum Fahrt aufnehmen dürfte. Vor dem Hintergrund eines weiterhin merklichen heimischen Preisauftriebs sowie einer insgesamt nur sehr moderat steigenden Arbeitslosigkeit sind damit insgesamt kurzfristig angelegte staatliche Stimuli nicht erforderlich. Hierfür spricht auch, dass sich die Expansionsspielräume infolge eines – im Vergleich zur Vorkrisenschätzung – niedrigeren Produktionspotenzials deutlich verringert haben und sich die Produktionslücke in der hier vorliegenden Prognose im Prognosezeitraum schließt.

Kasten 1:
Zum Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt

Der Staatskonsum spielt weiterhin eine relativ größere Rolle in der wirtschaftlichen Aktivität als vor der Corona-Krise. Der Anteil des Staatskonsum am Bruttoinlandsprodukt ist zum Jahresauftakt allerdings gesunken. In der ersten Veröffentlichung aus dem Mai 2023 hatte es den Anschein, dass die Korrektur im ersten Quartal den Anteil am Bruttoinlandsprodukt in etwa wieder auf das Niveau der Vor-Corona-Jahre bringen würde. Mit der jüngsten Revision gilt dieser Befund für das erste Quartal 2023 nicht mehr, da die Korrektur nun deutlich geringer angezeigt wird, und zudem ist der Anteil im zweiten Quartal wieder gestiegen, was aber zum Teil auf die Eingliederung des ÖPNV in den Sektor Staat zurückzuführen ist (Abbildung K1-1). Insgesamt bleibt der öffentliche Konsum deutlich stärker als vor der Corona-Krise. Maßgeblich für den Anstieg sind die Ausgaben für Vorleistungen und soziale Sachleistungen (Tabelle K1-1). Bei Letzteren ist ein trendmäßiger Anstieg wegen der alternden Bevölkerung durchaus plausibel. Der anhaltend hohe Trend bei Vorleistungskäufen von Bund und Ländern lässt sich hingegen ad hoc weniger plausibilisieren.

Abbildung K1-1
Anteil des Staatskonsum am Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten. Saisonbereinigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle K1.1
Anteile der Komponenten des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt

	2019	2022	Differenz
Soziale Sachleistungen	8,55	9,16	0,61
Vorleistungen	5,00	5,69	0,69
Arbeitnehmerentgelte	7,76	7,81	0,05
Abschreibungen	2,10	2,40	0,30
Verkäufe	-2,63	-2,59	0,05
Konsum insgesamt	20,24	21,94	1,70

In Prozent bzw. Prozentpunkte am Bruttoinlandsprodukt. Unbereinigte Jahresdaten.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel

Kasten 2:**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023**

Die Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 haben wir in den vergangenen Quartalen nach unten angepasst. Nachdem wir im Winter des vergangenen Jahres noch von einem Anstieg von 0,3 Prozent ausgegangen waren, rechnen wir nun mit einem Rückgang um 0,5 Prozent (Tabelle K2-1). Insgesamt bewegten sich die Revisionen im Vergleich zur aktuellen Prognose in dem Rahmen, der für gewöhnlich vor dem Beginn der Pandemie zu beobachten war. Im Winter 2022 hatten wir unsere Prognose noch um 1 Prozentpunkt angehoben, da sich abzeichnete, dass die Auswirkungen der Energiekrise auf die deutsche Wirtschaft geringer sein würden als im Herbst 2022 erwartet. In der Zwischenzeit haben sich die wirtschaftlichen Aussichten aber wieder etwas eingetrübt.

Die Fehler unserer Prognosen für das jeweils laufende Quartal waren im Vergleich zum langfristigen Mittel der absoluten Prognosefehler nicht auffällig hoch. Im Vergleich zur Schnellschätzung waren sie mit rund 0,15 Prozentpunkten sogar recht niedrig. Im Vergleich zum aktuellen Stand nach Datenrevisionen durch das Statistische Bundesamt lagen sie bei 0,3 Prozentpunkten. Allerdings waren die Prognosen durchweg zu optimistisch, so dass sie zu der Abwärtsrevision für das Jahresergebnis beigetragen haben. Insbesondere die Zuwachsrate im vierten Quartal 2022 war mit -0,4 Prozent schwächer als von uns erwartet. Dazu beigetragen hat, dass die wirtschaftliche Aktivität im Dezember offenbar äußerst gering war. So sind die Industrieproduktion, die Bauproduktion, die preisbereinigten Warenausfuhren und die Einzelhandelsumsätze im Dezember regelrecht eingebrochen. Diese Indikatoren lagen für unsere Winterprognose jedoch noch nicht vor und deren schwache Entwicklung wurde auch nicht durch die früher vorliegenden Unternehmensbefragungen angezeigt. Ein Grund für den schwachen Dezember könnte der ungewöhnliche hohe Krankenstand gewesen sein (Groll 2023).

Ferner waren wir in unseren Prognosen davon ausgegangen, dass im Verlauf des Jahres eine Erholung einsetzen würde. Dafür sprach, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe angesichts der ausgesprochen hohen Lagerbestände kräftig hätte expandieren können. Tatsächlich bewegte sich die Bruttowertschöpfung im Jahresverlauf jedoch eher seitwärts und dürfte im laufenden Jahr insgesamt nur leicht expandieren. Zu dieser Fehleinschätzung beigetragen hat auch, dass die Produktion in der Industrie offenbar deutlich weniger Luft nach oben hat als von uns in den vorherigen Prognosen erwartet. Mit den jüngsten Datenrevisionen durch das Statistische Bundesamt wurde das Niveau der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um rund 4 Prozent nach oben angepasst. Dies spricht dafür, dass die Produktionsmöglichkeiten der Industrie bereits deutlich stärker angespannt waren als von uns zuvor erwartet. Zudem haben sich die konjunkturellen Aussichten ausweislich von Unternehmensbefragungen seit der Jahresmitte deutlich verschlechtert. In der Folge haben wir unsere Prognose für die zweite Jahreshälfte in der aktuellen Prognose deutlich nach unten angepasst. Dies macht sich freilich nur zum Teil im Jahresergebnis für das laufende Jahr bemerkbar und hat auch zu unserer Abwärtsrevision für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2024 beigetragen.

Verwendungsseitig lagen die Prognoserevisionen mit wenigen Ausnahmen im Rahmen der durchschnittlich vor dem Beginn der Pandemie zu beobachtenden Revisionen. Zu größeren Revisionen kam es beim staatlichen Konsum, da es im ersten Quartal zu einem von uns nicht erwarteten deutlich Rückgang kam, der offenbar mit einem abrupten Rückgang von pandemiebedingten Ausgaben zusammenhing. Auch die sonstigen Anlageinvestitionen, für die keine belastbaren Frühindikatoren vorliegen, schätzen wir für das laufende Jahr mittlerweile deutlich schwächer ein als in den vergangenen Quartalen. In der aktuellen Prognose haben dazu insbesondere größere Datenrevisionen durch das Statistische Bundesamt beigetragen. Schließlich entwickelten sich auch die Ex- und Importe deutlich schwächer als von uns erwartet. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich sogar stärker expandieren als von uns zuvor prognostiziert. Gleichzeitig lief der Welthandel deutlich schwächer. In unserer aktuellen Prognose rechnen wir mit einem Rückgang von 1,7 Prozent für das Jahr 2023. Hintergrund ist, dass sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr zu einem relativ großen Teil bei nicht-handelbaren Gütern widerspiegelt.

Tabelle K2-1

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prog-nose	Revision	Prog-nose	Revision (3)-(1)	Prog-nose	Revision (5)-(3)	Prog-nose	Revision (7)-(5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Inländische Verwendung	0,2	1,2	0,1	-0,1	-0,9	-1,0	-0,8	0,1
Privater Konsum	-0,5	1,6	-0,5	0,0	-1,1	-0,6	-0,6	0,5
Staatlicher Konsum	0,6	0,8	0,6	0,0	-3,5	-4,1	-2,4	1,1
Ausrüstungen	2,2	1,1	2,1	-0,1	3,0	0,9	2,9	-0,1
Bauten	-1,9	-1,5	-4,1	-2,2	-2,7	1,4	-2,0	0,7
Sonst. Anlageinvestitionen	3,4	0,4	3,3	-0,1	0,5	-2,8	-0,6	-1,1
Vorratsveränderungen	0,3	0,3	0,5	0,2	0,5	0,0	0,1	-0,4
Außenbeitrag	0,1	-0,2	0,3	0,2	0,6	0,3	0,3	-0,3
Ausfuhr	1,9	0,3	0,5	-1,4	0,1	-0,4	-1,3	-1,4
Einfuhr	1,8	0,8	-0,2	-2,0	-1,0	-0,8	-1,9	-0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,3	1,0	0,5	0,2	-0,3	-0,8	-0,5	-0,2
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	-0,4	-0,3	0,8	1,2	1,3	0,5	2,0	0,7
Euroraum ohne Deutschland	0,7	0,7	1,3	0,6	0,9	-0,4	1,0	0,1
Weltwirtschaft	2,2	-0,1	2,5	0,3	2,8	0,3	3,0	0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	89,3	-0,1	89,1	-0,2	89,7	0,6	89,4	-0,3
Exportmärkte	0,6	-0,2	0,3	-0,3	1,0	0,7	1,2	0,2
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	85,0	-7,0	82,0	-3,0	77,0	-5,0	83,0	6,0

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Marktwechselkursen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 60 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognose des Ifw Kiel.

Literatur

- Borio, C. (2014). The financial cycle and macroeconomics: what have we learnt? *Journal of Banking and Finance* 45 (August): 182–98.
- Boysen-Hogrefe, J. (2023a). [Zur Entwicklung der preisbereinigten Nettogütersteuern](#). Kiel Insight 2023.04.
- Boysen-Hogrefe, J. (2023b). [Zum Einfluss der Grunderwerbsteuer auf den Wohnungsneubau in Deutschland](#). Kiel Policy Brief 165.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg, V. Stamer und U. Stolzenburg (2023a). Mittelfristprojektion für Deutschland im Herbst 2023. *Kieler Konjunkturberichte* 108. Im Erscheinen.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, S. Kooths, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2023b). Euroraum im Herbst 2023: Der Konjunkturmotor stottert. *Kieler Konjunkturberichte* 106.
- Boysen-Hogrefe, J. und N. Jannsen (2023). [Zur Diskrepanz zwischen BWS und BIP](#). *Wirtschaftsdienst* 103(7): 503-504.
- Deutsche Bundesbank (2023a). [Finanzmärkte](#). Monatsbericht, August 2023.
- Deutsche Bundesbank (2023b). [Preise für Wohnimmobilien nach langem Anstieg 2022 erstmalig gesunken](#). Monatsbericht Februar 2023.
- Deutsche Bundesbank (2019). [Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2020 und 2021 mit einem Ausblick auf das Jahr 2022](#). Monatsbericht, Dezember 2019.
- Di Casola, P. (2023). [The role of housing wealth in the transmission of monetary policy](#). *ECB Economic Bulletin – Box 7, Issue 5, 2023*.
- Dovern, J., Frank, J., Glas, A., Müller, L., & Ortiz, D. P. (2023). [Estimating pass-through rates for the 2022 tax reduction on fuel prices in Germany](#). *Energy Economics*, 126, October 2023, 106948.
- Drehmann, M., Borio C. and Tsatsaronis K. (2012). Characterising the financial cycle: don't lose sight of the medium term!. *BIS Working Paper* 380.
- Nordhaus, W. (1975). The political business cycle. *The Review of Economic Studies* 42(2), 169-190.
- Sonnenberg, N. (2023). [The ECB stepping on the brake\(s\): Monetary tightening in an abundant reserve system](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.
- Gern, K.J., Jannsen N., Sonnenberg, N. (2023). [Inflation and the effects of monetary tightening in the euro area](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2023). *Weltwirtschaft im Herbst 2023: Moderate Expansion trotz erheblicher Gegenwinde*. *Kieler Konjunkturberichte* Nr. 105.
- Gern, K.J., Jannsen N., Sonnenberg, N. (2023). [Inflation and the effects of monetary tightening in the euro area](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.
- Groll, D. (2023). [Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands](#). Kiel Insight 2023.01.
- Kooths, S. (2022). [Hausgemachte Inflationsrisiken](#). *Wirtschaftsdienst*, 102, 6, 434-437.
- Sonnenberg, N. (2022). [Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise](#). Kiel Insight, 2022.07.
- Sonnenberg, N. (2023). [The ECB stepping on the brake\(s\): Monetary tightening in an abundant reserve system](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.
- Stamer, V. (2023). [Deutsche Exporte ausgebremst: China ersetzt „Made in Germany“](#). Kiel Policy Brief 167.

Tabellenanhang

Tabelle 11:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022	2022	2023	2024	2025
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,8	-0,5	1,3	1,5
Private Konsumausgaben		3,9	-0,6	2,1	1,4
Konsumausgaben des Staates		1,6	-2,4	1,5	1,7
Anlageinvestitionen		0,1	-0,3	0,3	2,8
Ausrüstungsinvestitionen		4,0	2,9	4,6	4,3
Bauinvestitionen		-1,8	-2,0	-2,4	2,0
Sonstige Anlagen		-0,7	-0,6	1,6	2,3
Vorratsveränderung		0,7	0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung		3,2	-0,8	1,5	1,7
Ausfuhr		3,3	-1,3	0,5	3,6
Einfuhr		6,6	-1,9	0,9	4,3
Außenbeitrag		-1,2	0,3	-0,1	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.876,8	7,2	7,3	3,3	2,9
Private Konsumausgaben	1.979,3	10,9	5,8	4,3	3,3
Konsumausgaben des Staates	850,9	6,8	4,6	4,3	3,3
Anlageinvestitionen	856,2	11,1	5,8	-0,6	3,9
Ausrüstungsinvestitionen	253,4	11,4	9,0	5,9	5,8
Bauinvestitionen	463,5	14,0	5,1	-5,4	2,6
Sonstige Anlagen	139,3	2,1	2,5	3,5	4,3
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		114,1	94,8	97,6	97,8
Inländische Verwendung	3.800,5	11,1	4,9	3,1	3,4
Ausfuhr	1.974,2	15,4	-0,9	0,7	5,0
Einfuhr	1.897,9	25,3	-6,2	0,0	6,3
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		76,3	175,7	189,1	176,3
Bruttonationaleinkommen	4.027,6	7,2	7,5	3,3	3,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		5,3	7,9	2,0	1,4
Private Konsumausgaben		6,7	6,4	2,2	1,9
Konsumausgaben des Staates		5,1	7,3	2,7	1,6
Ausrüstungsinvestitionen		7,1	5,9	1,3	1,4
Bauinvestitionen		16,1	7,2	-3,1	0,6
Sonstige Anlagen		2,9	3,0	1,9	2,0
Ausfuhr		11,7	0,4	0,1	1,3
Einfuhr		17,5	-4,4	-0,9	1,9
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		6,9	6,0	2,1	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.890,9	4,4	8,5	2,5	2,7
Arbeitnehmerentgelt	2.023,6	5,5	6,5	5,5	3,7
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		70,0	68,7	70,7	71,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	867,4	1,9	13,1	-3,9	0,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.164,5	6,3	5,8	5,0	2,7
Sparquote (Prozent)		11,1	11,0	11,4	10,8
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.661,8	5,8	6,9	5,6	3,6
Effektivlohn, Stundenbasis		4,4	5,6	4,8	3,6
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,6	6,7	4,1	2,2
Produktivität, Stundenbasis		0,5	-1,4	0,7	1,5
Arbeitslose (1 000)		2.418	2.596	2.604	2.471
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,3	5,6	5,6	5,3
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		45.596	45.912	45.914	45.852
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-96,9	-108,9	-92,6	-85,5
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-2,5	-2,6	-2,2	-1,9
Öffentliche Schulden (Prozent)		66,1	64,2	64,2	64,5

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025									
	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,7	0,0	-0,1	0,8	0,5	0,1	-0,1	-0,1	-0,2
Arbeitsvolumen	0,9	0,7	0,0	0,9	0,9	0,6	0,8	0,0	0,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	0,7	0,1	0,1	0,4	0,5	0,8	0,1	0,2
Produktivität ¹	-1,4	0,7	1,5	-1,1	-1,7	0,0	1,3	1,6	1,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,5	1,3	1,5	-0,3	-0,8	0,5	2,1	1,6	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 984,7	3 111,9	3 214,8	1 448,8	1 536,0	1 514,2	1 597,8	1 566,7	1 648,1
Private Haushalte ²	2 094,3	2 183,6	2 255,9	1 019,5	1 074,9	1 062,7	1 120,9	1 099,0	1 156,9
Staat	890,4	928,3	958,9	429,3	461,1	451,4	476,9	467,7	491,1
Anlageinvestitionen	905,9	900,8	936,0	445,8	460,1	436,2	464,6	449,1	487,0
Ausrüstungen	276,1	292,3	309,2	132,4	143,7	137,8	154,5	146,7	162,4
Bauten	487,1	460,7	472,7	246,0	241,0	229,2	231,5	230,2	242,4
Sonstige Anlageinvestitionen	142,7	147,8	154,2	67,3	75,5	69,2	78,6	72,1	82,1
Vorratsveränderung ³	94,8	97,6	97,8	32,6	62,2	55,2	42,4	55,7	42,1
Inländische Verwendung	3 985,5	4 110,3	4 248,6	1 927,1	2 058,4	2 005,6	2 104,7	2 071,4	2 177,2
Außenbeitrag	175,7	189,1	176,3	90,7	85,1	108,0	81,1	99,7	76,6
Exporte	1 955,8	1 968,6	2 067,4	985,0	970,8	970,7	997,8	1 012,3	1 055,1
Importe	1 780,0	1 779,4	1 891,1	894,3	885,7	862,8	916,7	912,6	978,6
Bruttoinlandsprodukt	4 161,2	4 299,4	4 424,9	2 017,8	2 143,4	2 113,6	2 185,8	2 171,1	2 253,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	5,5	4,3	3,3	5,9	5,0	4,5	4,0	3,5	3,1
Private Haushalte ²	5,8	4,3	3,3	7,0	4,7	4,2	4,3	3,4	3,2
Staat	4,6	4,3	3,3	3,5	5,7	5,2	3,4	3,6	3,0
Anlageinvestitionen	5,8	-0,6	3,9	8,9	3,0	-2,1	1,0	2,9	4,8
Ausrüstungen	9,0	5,9	5,8	13,0	5,5	4,1	7,5	6,5	5,1
Bauten	5,1	-5,4	2,6	8,8	1,6	-6,9	-4,0	0,5	4,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,5	3,5	4,3	2,0	2,9	2,9	4,1	4,1	4,5
Inländische Verwendung	4,9	3,1	3,4	5,0	4,8	4,1	2,3	3,3	3,4
Exporte	-0,9	0,7	5,0	2,7	-4,4	-1,4	2,8	4,3	5,7
Importe	-6,2	0,0	6,3	-0,8	-11,1	-3,5	3,5	5,8	6,7
Bruttoinlandsprodukt	7,3	3,3	2,9	6,6	8,1	4,7	2,0	2,7	3,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 389,9	2 435,3	2 471,2	1 177,7	1 212,2	1 194,0	1 241,4	1 213,9	1 257,2
Private Haushalte ²	1 695,3	1 730,1	1 754,2	833,3	862,0	845,3	884,8	859,5	894,8
Staat	693,8	704,5	716,1	344,0	349,8	348,2	356,3	354,0	362,1
Anlageinvestitionen	659,5	661,8	680,2	324,7	334,8	319,4	342,3	328,0	352,3
Ausrüstungen	229,0	239,4	249,6	110,4	118,6	112,7	126,7	118,5	131,1
Bauten	308,2	300,8	306,9	155,3	152,9	148,4	152,3	150,6	156,3
Sonstige Anlageinvestitionen	124,0	126,0	128,9	58,7	65,3	59,3	66,7	60,6	68,3
Inländische Verwendung	3 101,2	3 148,2	3 201,8	1 530,4	1 570,8	1 543,6	1 604,6	1 572,1	1 629,7
Exporte	1 619,3	1 628,2	1 687,5	814,4	804,9	805,8	822,3	830,0	857,5
Importe	1 469,0	1 482,0	1 545,5	727,1	741,9	722,6	759,4	749,6	795,9
Bruttoinlandsprodukt	3 257,3	3 300,6	3 350,9	1 620,6	1 636,7	1 629,3	1 671,3	1 655,2	1 695,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-1,1	1,9	1,5	-1,3	-0,9	1,4	2,4	1,7	1,3
Private Haushalte ²	-0,6	2,1	1,4	-0,5	-0,7	1,4	2,6	1,7	1,1
Staat	-2,4	1,5	1,7	-3,2	-1,6	1,2	1,8	1,7	1,7
Anlageinvestitionen	-0,3	0,3	2,8	0,6	-1,2	-1,6	2,2	2,7	2,9
Ausrüstungen	2,9	4,6	4,3	5,7	0,4	2,1	6,8	5,1	3,5
Bauten	-2,0	-2,4	2,0	-2,0	-2,0	-4,4	-0,4	1,5	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	1,6	2,3	-0,6	-0,5	1,1	2,1	2,1	2,4
Inländische Verwendung	-0,8	1,5	1,7	-0,5	-1,1	0,9	2,1	1,8	1,6
Exporte	-1,3	0,5	3,6	0,1	-2,6	-1,1	2,2	3,0	4,3
Importe	-1,9	0,9	4,3	-0,3	-3,4	-0,6	2,4	3,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	1,3	1,5	-0,3	-0,8	0,5	2,1	1,6	1,5

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	6,4	2,2	1,9	7,5	5,4	2,8	1,6	1,7	2,1
Konsumausgaben des Staates	7,3	2,7	1,6	6,9	7,5	3,9	1,6	1,9	1,3
Anlageinvestitionen	6,2	-0,9	1,1	8,3	4,2	-0,5	-1,3	0,3	1,9
Ausrüstungen	5,9	1,3	1,4	6,9	5,1	1,9	0,7	1,3	1,6
Bauten	7,2	-3,1	0,6	11,0	3,7	-2,5	-3,6	-1,0	2,1
Exporte	0,4	0,1	1,3	2,6	-1,8	-0,4	0,6	1,2	1,4
Importe	-4,4	-0,9	1,9	-0,5	-8,0	-2,9	1,1	2,0	1,9
Bruttoinlandsprodukt	7,9	2,0	1,4	6,8	9,0	4,2	-0,1	1,1	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 779,4	2 915,0	2 996,9	1 357,4	1 422,0	1 420,6	1 494,4	1 470,7	1 526,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	378,6	398,1	415,1	183,2	195,5	191,3	206,8	200,0	215,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 776,4	1 875,0	1 942,9	846,0	930,4	888,9	986,1	930,3	1 012,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	624,3	641,9	638,9	328,2	296,2	340,4	301,5	340,4	298,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	705,6	701,1	733,3	307,3	398,3	336,2	364,9	340,9	392,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 485,0	3 616,1	3 730,2	1 664,6	1 820,4	1 756,8	1 859,3	1 811,6	1 918,6
Abschreibungen	843,3	857,0	880,6	421,0	422,3	428,4	428,6	437,0	443,6
Bruttonationaleinkommen	4 328,4	4 473,2	4 610,8	2 085,7	2 242,7	2 185,2	2 288,0	2 248,6	2 362,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 135,8	3 215,2	3 303,3	1 497,8	1 638,0	1 557,8	1 657,4	1 597,5	1 705,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	980,7	942,0	945,3	468,6	512,1	477,5	464,5	467,2	478,1
Arbeitnehmerentgelt	2 155,0	2 273,2	2 358,0	1 029,2	1 125,9	1 080,2	1 192,9	1 130,3	1 227,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	5,4	4,9	2,8	5,3	5,6	4,7	5,1	3,5	2,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,7	5,1	4,3	4,9	4,5	4,4	5,8	4,5	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	6,9	5,6	3,6	7,3	6,5	5,1	6,0	4,6	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,1	5,6	3,8	6,3	5,9	5,0	6,1	4,8	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,8	-0,5	0,7	3,2	3,7	1,8	0,0	-1,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	17,2	-0,6	4,6	9,6	23,7	9,4	-8,4	1,4	7,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	7,6	3,8	3,2	6,1	9,1	5,5	2,1	3,1	3,2
Abschreibungen	6,9	1,6	2,8	9,0	4,9	1,7	1,5	2,0	3,5
Bruttonationaleinkommen	7,5	3,3	3,1	6,6	8,2	4,8	2,0	2,9	3,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	8,5	2,5	2,7	7,7	9,2	4,0	1,2	2,5	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	13,1	-3,9	0,3	9,7	16,3	1,9	-9,3	-2,2	2,9
Arbeitnehmerentgelt	6,5	5,5	3,7	6,9	6,2	5,0	6,0	4,6	2,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 788,5	1 888,2	1 962,8	858,8	929,7	902,6	985,6	947,5	1 015,3
Nettolöhne und -gehälter	1 212,9	1 278,8	1 319,2	573,2	639,7	601,6	677,2	629,4	689,8
Monetäre Sozialleistungen	730,7	771,5	813,9	361,7	369,0	380,1	391,4	401,1	412,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen verbrauchsnahe Steuern	155,1	162,1	170,3	76,1	78,9	79,2	82,9	83,0	87,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	624,3	641,9	638,9	328,2	296,2	340,4	301,5	340,4	298,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-123,2	-126,8	-133,5	-55,3	-67,9	-58,5	-68,3	-62,8	-70,7
Verfügbares Einkommen	2 289,6	2 403,2	2 468,2	1 131,7	1 157,9	1 184,4	1 218,8	1 225,2	1 243,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,5	62,1	62,1	30,3	32,1	30,2	32,0	30,2	32,0
Konsumausgaben	2 094,3	2 183,6	2 255,9	1 019,5	1 074,9	1 062,7	1 120,9	1 099,0	1 156,9
Sparen	257,7	281,8	274,5	142,5	115,2	151,8	130,0	156,3	118,1
Sparquote (%) ⁶	11,0	11,4	10,8	12,3	9,7	12,5	10,4	12,5	9,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	7,7	5,6	4,0	8,6	6,9	5,1	6,0	5,0	3,0
Nettolöhne und -gehälter	8,4	5,4	3,2	9,4	7,6	5,0	5,9	4,6	1,9
Monetäre Sozialleistungen	6,1	5,6	5,5	6,8	5,5	5,1	6,1	5,5	5,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,6	4,5	5,1	5,8	5,5	4,0	5,0	4,7	5,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,8	-0,5	0,7	3,2	3,7	1,8	0,0	-1,0
Verfügbares Einkommen	5,8	5,0	2,7	7,2	4,5	4,7	5,3	3,4	2,0
Konsumausgaben	5,8	4,3	3,3	7,0	4,7	4,2	4,3	3,4	3,2
Sparen	3,8	9,3	-2,6	6,8	0,4	6,5	12,8	3,0	-9,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025									
	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	955,1	998,1	1 044,7	466,2	488,9	489,9	508,2	513,6	531,1
Sozialbeiträge	706,4	749,9	786,7	342,0	364,4	360,5	389,4	379,6	407,1
Vermögenseinkommen	21,9	23,0	24,2	13,0	8,9	13,6	9,4	14,3	9,9
Sonstige Transfers	30,1	31,6	33,0	13,5	16,7	14,2	17,4	14,9	18,1
Vermögenstransfers	18,8	20,0	21,2	8,4	10,4	9,0	11,0	9,6	11,6
Verkäufe	156,2	169,8	176,8	74,1	82,1	80,9	88,9	83,8	93,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 888,7	1 992,6	2 086,8	917,2	971,5	968,1	1 024,5	1 015,8	1 071,0
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	613,1	646,7	670,0	296,6	316,5	315,3	331,4	327,3	342,7
Arbeitnehmerentgelt	331,3	345,6	355,9	156,1	175,2	164,3	181,3	169,7	186,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	35,3	42,1	48,1	17,4	17,9	20,8	21,3	23,8	24,3
Subventionen	73,7	46,4	44,7	41,6	32,1	23,1	23,3	21,0	23,7
Monetäre Sozialleistungen	659,2	697,8	734,3	326,2	333,0	343,6	354,3	363,5	370,8
Sonstige laufende Transfers	96,1	96,4	97,3	44,9	51,2	44,6	51,8	45,0	52,4
Vermögenstransfers	82,3	90,9	95,3	31,5	50,8	35,2	55,7	36,9	58,4
Bruttoinvestitionen	107,6	120,4	127,8	45,3	62,3	50,8	69,6	54,3	73,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,0	- 1,1	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6
Insgesamt	1 997,7	2 085,2	2 172,3	959,3	1 038,3	997,2	1 088,0	1 041,0	1 131,3
Finanzierungssaldo	- 108,9	- 92,6	- 85,5	- 42,1	- 66,8	- 29,1	- 63,5	- 25,3	- 60,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	0,9	4,5	4,7	- 0,3	2,1	5,1	3,9	4,8	4,5
Sozialbeiträge	6,0	6,2	4,9	6,3	5,6	5,4	6,9	5,3	4,5
Vermögenseinkommen	24,3	4,9	5,2	42,1	5,1	4,6	5,4	4,9	5,6
Sonstige Transfers	7,5	4,8	4,6	11,4	4,6	5,2	4,4	5,0	4,3
Vermögenstransfers	0,1	6,1	5,9	- 5,9	5,6	6,9	5,4	6,7	5,3
Verkäufe	9,1	8,8	4,1	10,9	7,4	9,2	8,4	3,6	4,5
Sonstige Subventionen	- 2,6	0,0	0,0	- 6,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,7	5,5	4,7	3,5	3,9	5,6	5,5	4,9	4,5
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	3,3	5,5	3,6	3,2	3,4	6,3	4,7	3,8	3,4
Arbeitnehmerentgelt	7,6	4,3	3,0	4,9	10,1	5,2	3,5	3,3	2,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	33,2	19,3	14,2	38,0	28,8	19,5	19,0	14,4	14,1
Subventionen	5,4	- 37,1	- 3,7	45,7	- 22,4	- 44,5	- 27,4	- 9,1	1,7
Monetäre Sozialleistungen	6,5	5,9	5,2	7,3	5,7	5,3	6,4	5,8	4,6
Sonstige laufende Transfers	- 13,8	0,3	1,0	2,7	- 24,4	- 0,6	1,2	0,8	1,1
Vermögenstransfers	- 8,3	10,5	4,8	34,5	- 23,4	11,9	9,6	4,7	4,8
Bruttoinvestitionen	6,7	11,9	6,2	6,1	7,1	12,1	11,7	7,0	5,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,7	9,9	0,0	- 35,5	46,2	26,6	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,1	4,4	4,2	7,7	1,1	3,9	4,8	4,4	4,0
¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. ⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. ⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.									
Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Fachserie 18</i> ; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.									

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2023				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 807,7	2 617,9	433,7	756,0	-
2 - Abschreibungen	843,3	468,5	111,0	263,8	-
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 964,3	2 149,4	322,7	492,2	- 175,7
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 151,2	1 552,6	331,3	267,2	18,7
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,4	26,1	0,3	10,1	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	35,6	32,1	0,2	3,4	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	812,3	602,7	- 8,7	218,3	- 194,4
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 155,0	-	-	2 155,0	14,8
9 - Geleistete Subventionen	73,7	-	73,7	-	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	423,0	-	423,0	-	9,8
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	864,8	785,6	35,3	43,8	320,1
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 033,1	561,4	21,9	449,9	151,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 485,0	378,5	327,1	2 779,4	- 342,9
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	517,9	123,3	-	394,6	14,8
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	532,1	-	532,1	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	857,3	-	-	857,3	4,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	857,6	150,3	706,4	0,9	4,5
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	738,6	78,6	659,2	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	730,7	-	-	730,7	8,5
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	418,8	223,5	96,1	99,3	86,3
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	358,2	197,5	30,1	130,6	146,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 430,9	300,9	840,5	2 289,6	- 288,8
23 - Konsumausgaben	2 984,7	-	890,4	2 094,3	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-
25 = Sparen	446,2	238,4	- 49,9	257,7	- 288,8
26 - Geleistete Vermögenstransfers	117,1	19,1	82,3	15,7	6,8
27 + Empfangene Vermögenstransfers	95,8	52,2	18,8	24,8	28,0
28 - Bruttoinvestitionen	1 000,7	595,1	107,6	298,0	-
29 + Abschreibungen	843,3	468,5	111,0	263,8	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	18,8	19,4	- 1,0	0,4	- 18,8
31 = Finanzierungssaldo	248,7	125,5	- 108,9	232,2	- 248,7
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 430,9	300,9	840,5	2 289,6	- 288,8
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	533,5	-	533,5	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	533,5	-	-	533,5	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 430,9	300,9	307,0	2 823,1	- 288,8
38 - Konsum 2)	2 984,7	-	356,9	2 627,9	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-
40 = Sparen	446,2	238,4	- 49,9	257,7	- 288,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2024				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 897,8	2 666,4	451,8	779,6	–
2 – Abschreibungen	857,0	476,6	114,6	265,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 040,8	2 189,8	337,2	513,8	– 189,1
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 269,3	1 641,8	345,6	281,9	19,7
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,4	28,2	0,3	10,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	34,6	31,1	0,2	3,3	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	766,7	550,9	– 8,5	224,3	– 208,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 273,2	–	–	2 273,2	15,8
9 – Geleistete Subventionen	46,4	–	46,4	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	447,3	–	447,3	–	10,2
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	902,2	805,3	42,1	54,8	323,3
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 077,5	582,2	23,0	472,3	148,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 616,1	327,9	373,3	2 915,0	– 362,9
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	536,3	125,2	–	411,0	15,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	550,8	–	550,8	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	903,4	–	–	903,4	4,9
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	903,9	153,1	749,9	0,9	4,4
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	778,7	80,0	697,8	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	771,5	–	–	771,5	7,8
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	434,3	236,5	96,4	101,3	89,3
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	373,0	208,9	31,6	132,5	150,6
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 562,7	248,1	911,3	2 403,2	– 309,4
23 – Konsumausgaben	3 111,9	–	928,3	2 183,6	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,1	–	62,1	–
25 = Sparen	450,7	186,0	– 17,0	281,8	– 309,4
26 – Geleistete Vermögenstransfers	127,5	20,1	90,9	16,5	6,9
27 + Empfangene Vermögenstransfers	104,2	58,2	20,0	26,0	30,2
28 – Bruttoinvestitionen	998,3	602,7	120,4	275,3	–
29 + Abschreibungen	857,0	476,6	114,6	265,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	11,4	12,1	– 1,1	0,4	– 11,4
31 = Finanzierungssaldo	274,7	85,9	– 92,6	281,4	– 274,7
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 562,7	248,1	911,3	2 403,2	– 309,4
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	557,7	–	557,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	557,7	–	–	557,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 562,7	248,1	353,6	2 961,0	– 309,4
38 – Konsum 3)	3 111,9	–	370,6	2 741,3	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,1	–	62,1	–
40 = Sparen	450,7	186,0	– 17,0	281,8	– 309,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2025				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 998,6	2 734,1	465,9	798,6	-
2 -	Abschreibungen	880,6	489,9	118,3	272,4	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 118,0	2 244,3	347,6	526,1	- 176,3
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 354,2	1 705,9	355,9	292,4	20,4
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,8	30,0	0,3	11,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	35,4	31,9	0,2	3,4	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	757,4	540,2	- 8,4	225,6	- 196,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 358,0	-	-	2 358,0	16,6
9 -	Geleistete Subventionen	44,7	-	44,7	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	471,6	-	471,6	-	10,5
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	942,0	825,4	48,1	68,5	339,5
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 129,8	623,8	24,2	481,8	151,7
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 730,2	338,7	394,6	2 996,9	- 362,2
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	558,2	126,7	-	431,5	15,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	573,1	-	573,1	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	942,9	-	-	942,9	5,0
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	943,6	156,0	786,7	0,9	4,3
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	816,7	81,5	734,3	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	813,9	-	-	813,9	3,3
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	446,6	246,0	97,3	103,2	92,3
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	384,5	216,5	33,0	135,0	154,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 681,0	257,0	955,8	2 468,2	- 313,1
23 -	Konsumausgaben	3 214,8	-	958,9	2 255,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,1	-	62,1	-
25 =	Sparen	466,3	194,8	- 3,0	274,5	- 313,1
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	133,7	21,1	95,3	17,3	7,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	109,8	62,0	21,2	26,7	30,9
28 -	Bruttoinvestitionen	1 033,8	624,2	127,8	281,8	-
29 +	Abschreibungen	880,6	489,9	118,3	272,4	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	11,7	12,4	- 1,1	0,4	- 11,7
31 =	Finanzierungssaldo	277,5	89,0	- 85,5	274,0	- 277,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 681,0	257,0	955,8	2 468,2	- 313,1
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	581,1	-	581,1	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	581,1	-	-	581,1	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 681,0	257,0	374,7	3 049,4	- 313,1
38 -	Konsum 2)	3 214,8	-	377,7	2 837,0	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,1	-	62,1	-
40 =	Sparen	466,3	194,8	- 3,0	274,5	- 313,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.